Liebe LeserInnen!

Der Mord an Jana in Saalfeld war für uns trauriger Anlaß für die erste Seite dieses Heftes. Wir wünschen allen in Saalfeld oder anderswo, die sich betroffen und engagiert dagegen stellen, viel Kraft für die nächste Zeit! Zu einigen Themem erreichten uns wahre Papierberge, so daß wir uns gezwungen sahen, den Ordner in Anspruch zu nehmen. Wer sich also genauer über die in Köln gelaufenen Aktionen der Kampagne "Kein Mensch ist illegal", oder über die Hintergründe und Positionen des Konflikts im Tommy Weißbecker Haus informieren möchte, müßte den Weg zu den Ordnern auf sich nehmen. Auch das Material zum Mackenrode-Prozeß ist dort zu finden. Wir möchten aber nochmal besonders auf die Veranstaltung hierzu in Berlin hinweisen. (S.10) Ebenso möchten wir Euch natürlich die Sondernummer der Interim "Bewegung - Militanz - Kampagne" vom März dieses Jahres empfehlen. Auch Positives haben wir unseren SchreiberInnen zu verkünden: Fliegenpilz hat endlich "seine", "die richtige" (?!) Redaktion angetroffen, so daß sein Text, nunmehr schon zum dritten Mal überarbeitet, zum Abdruck kam. Gut fanden wir auch, daß unsere Kritik am "Tötet Thierse" Papier (Nr.442) eine Reaktion hervorgerufen hat.

Passend zum Titelbild erreichten uns folgende Zeilen: Das war er also, der nix4-Aktionstag, diesmal in Ahaus. Eine gewisse rot-grüne Bauernschläue ist Kniola (SPD) und Wimber (B90/GRÜNE) mit ihrem Coup der Vorverlegung des Castor-Transportes zugestanden. Allerdings würden wir, nicht soweit gehen, naßfrosch zu behaupten, daß der Transport deswegen billiger geworden ist. Das ist wohl eher Wunschdenken der Atomlobbyisten. Trotz Tricky-Micky der Staatsseite ließ sich der Widerstand der Einheimischen und Zugereisten keineswegs entmutigen. Es ist sehr viel mehr gelaufen, als durch die Medien berichtet wurde. Und es hätte noch mehr laufen können, auch an den Gleisen, wenn das Zusammenspiel zwischen den vor Ort Lebenden und den Auswärtigen so eingespielt wäre wie im Wendland. Das jedoch läßt sich nicht herbeireden, sondern entwickelt sich mit jedem Aktionstag stetig weiter - auch in Ahaus. Noch herrschen keine wendländischen Verhältnisse und auch der Widerstand steht erst am Anfang. Ahaus ist nicht Gorleben. Aber die Richtung, in der alle miteinander etwas wollen, hat nach unserem Augenschein gestimmt. Und keine Frage, wir kommen wieder, zur nächsten Sabotage.

Inhalt:

03 Mord in Saalfeld

04 Zur Demo am 14.3. in Saalfeld

07 Aufruf zur Demo in Bad Hersfeld

08 Volxsport

10 Infoveranstaltung zum Mackenrode--Antifa Nürtingen: Aufruf zum 1. Mai Prozeß

10 Jaschbo und Richard müssen raus!

11 Aufruf zum Castor/Greifswald

11 Presse zu Ahaus

12 Castor-Alarm

14 Thesen zur Atomtechnologie

16 1.Mai

18 zum antifeministischen Rollback

20 Frauenplenum Hüttendorf A 33 -Artikel aus der Polemik

22 Tommy Weiglacker Haus

25

26 Anti-Kanther-Demo 3.5.

27 Anti-Kanther-Demo 6.4.

28 Kein Mensch ist illegal

30 Das Ende des Spucki-Zeitalters

Ordner:

-Anti-Atom-Aktion zu grünem Bullenpräsidenten in NRW

-Diverse Papiere zum Tommy Weißbecker Haus

in Leipzig

-Nazimusikvertrieb in Sprockhövel

-Aktion Dauerdemo, Bonn

-MY.T. zu "Kuschelsex ODER

Kuschelpolitik"

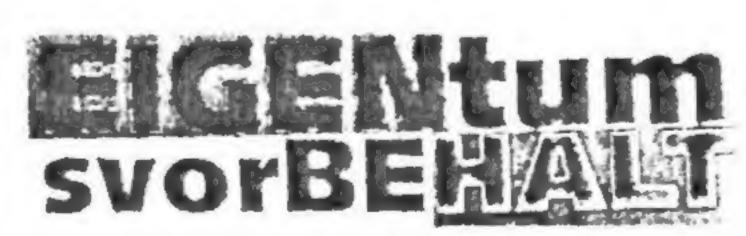
-Infomaterial zu Mackenrode

-2 Papiere zum 1.Mai

-Aufruf zur Anti-Kanther-Demo Dessau

-Kein Mensch ist Illegal (Materialsammlung aus Köln)

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderln, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht



persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderln mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Herausgeberin: Interim e. v. Gneisenaustr. 2a 10S61 Berlin Redaktionsanschrift: s.o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag

Faschos ermordeten in Saalfeld ein 15jähriges Mädchen

Am Nachmittag des 26. März 1998 wurde im Saalfelder Stadteil Gorndorf, einer Hochburg der regionalen Naziszene, ein 15jähriges Mädchen aus dem weiteren Umfeld der linksalternativen Szene auf offener Straße erstochen!

aus der Presseerklärung der Antifa Saalfeld:

Wer sich noch an die Situation von vor einigen Wochen erinnern kann, dem dürfte die Situation in Saalfeld nicht unbekannt sein. Ein breites Bündnis hatte für den 14. März zu einer bundesweiten Demo nach Saalfeld eingeladen, um die Zustände in Saalfeld rund um die hiesigen Aktivitäten der Nazis zu thematisieren und um deren Verstrickung in der bundesweiten Szene der Rechten aufzuzeigen. Damals wurden wir mit den übelsten Polemiken seitens der Stadtverwaltung, der Lokalpresse etc. bedacht, mit dem Unterton, daß Saalfeld keine Probleme mit Nazis hätte und diese sowieso nur perspektivlose und gelangweilte Jugendliche wären, denen es an ausreichenden Freizeitmöglichkeiten mangelt. Daß dies ein folgenschwerer Trugschluß war, hat sich auf die finsterste Art und Weise am heutigen Tag bewiesen. Soweit mußte es also kommen, bis die Öffentlichkeit eventuell jetzt bemerkt, daß es unangebracht ist, in dieser Angelegenheit einfach wegzuschauen. Auch Polizeichef Kick dürfte seine damalige Analyse, daß die Gewalt von den Linken ausginge, relativieren und seine Aktivitäten nach dem heutigen Vorfall umdisponieren.



Wie bereits gestern gemeldet, wurde am 26. 3. ein 14jähriges Mädchen, das dem weiteren Umfeld der Szene des Jugendklubhauses angehörig war und weitestgegehend der linken Szene zugeordnet werden kann, erstochen

Der mutmaßliche Täter, der vor kurzem aus der Psychiatrie entlassen wurde, gehört allerdings nicht dem organisierten Spektrum der nießigen Nazis an, wollte jedoch unbedingt "dazu gehören". Von einem politisch motivierten Mord kann hier also nur in gewisser Relation die Rede sein. Fakt ist allerdings, daß sich die Nazis mit dem Täter solidarisiert haben, mit dem Unterton "Schade, daß wir es nicht waren", "eine Zecke weniger" etc. Desweitern wurden Leute, die den Tatort sehen wollten, massiv von den Nazis bedroht: "Wenn ihr hier nicht abhaut, stechen wir euch auch noch ab".

Gestern gab es daraufhin eine Mahnwache+Spontandemo. Die Presse ist auch schwer am Arbeiten.

Für den morgigen Samstag (28.3.) wird eine Demo mit dem Motto "Wandelt Wut und Trauer in Widerstand! Wir trauern um Jana" angemeldet.

FR 30.3. Von Rolf-Henning Hintze

SAALFELD, 29. März. Mehr als 1000 Menschen haben am Samstag im thüringischen Saalfeld an einer Trauerdemonstration für die 14jährige Jana Georgi teilgenommen, die am Donnerstag von einem 15jährigen Jugendlichen auf offener Straße erstochen worden war. Der Täter, der sich nach Polizeiangaben um Aufnahme in eine rechtsextreme Gruppe bemüht hatte, gah als Grund Rache an: Jana habe ihn im vergangenen Herbst einmal "Scheiß-Fascho" genannt.

Die Polizei, die die Demonstration mit einem großen Aufgebot begleitete, verteilte Flugblätter, auf denen sie nochmals betonte, es habe sich um "eine Beziehungstat ohne politischen Hintergrund" gehandelt. Ein Sprecher der Antifa-Gruppe Saalfeld erklärte indes, Rechtsextreme hatten kurz nach der Tat trauernde Freunde von Jana mit den Worten bedroht: "Wenn ihr nicht abhaut, stechen wir euch auch ab." Die Thüringer Regionalausgabe der Bild-Zeitung machte un-

terdessen Angelo Lucifero für die Entwicklung in Saalfeld und den Tod der Schülerin verantwortlich: Der Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft "Antifaschismus/Antirassismus" habe sich an der "Haß-Agitation" zwischen Linken und Rechten in der thüringischen Stadt beteiligt. Das Saalfelder "Bündnis gegen Rechts" wies diesen Vorwurf als "ungeheuerlich" zurück. Damit gebe die Zeitung der organisierten Rechten "Rückhalt für weitere Gewalttaten".

Bereits in der vergangenen Woche hatte der Saalfelder Stadtrat Bürgermeister Richard Beetz (CDU) ermächtigt, notfalls gerichtlich gegen die Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) vorzugehen, um sie zur Rücknahme ihres Vorwurfs, Saalfeld sei eine neonazistische Hochburg, zu veranlassen. Einige Stadträte bestätigten jedoch Buntenbachs Äußerung, wonach sich ausländisch aussehende Menschen oder Gegner der Neonazis in Saalfeld nicht mehr angstfrei bewegen könnten, und stimmten gegen den Antrag.



Weitere Infos: 03671/531449 bzw. 01712097101

ANTIFA, ha, ha, ha....oder Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht?!

Vorgeschichte

Was sich im Oktober 97 in Saalfeld abspielte ist den meisten bekannt: Eine lange vorbereitete und bundesweit mobilisierte Antifa-Demo, getragen von einem breiten Bündnis von autonomen Antifas bis hin zu Gewerkschaften und PDS, wird vom Landratsamt Saalfeld, bestätigt durch das zuständige Verwaltungsgericht, kurz vorher verboten. Begründung: "Gesährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" Als Reaktion wird spontan in Erfurt eine Protestkundgebung gegen das Verbot angemeldet, die anreisenden Busse u.a. aus Berlin werden auf der A9 gestoppt, Bullenhubschrauber landen, spielen Krieg, die aus den Bussen ausgestiegenen, protestierenden Antifas werden nach mehr als 3 Stunden Stillstehen auf der Autobahn für 38 Stunden in den Knast Unterwellenborn bei Saalfeld verbracht und dort mißhandelt. Ermittlungen gegen mehr als 300 Antifas wegen angeblicher Nötigung werden eingeleitet.

Die neue Qualität von Repression und Einschüchterung gegen aktive AntifaschistInnen wurde richtigerweise mit der Vorbereitung einer "gepfesserten Antwort" (BgR Leipzig) am 14.März in Saalfeld beantwortet. Das Bündnis und der AufruserInnenkreis konnte noch erweitert werden (Bündnis 90/Grüne, verschiedene Promis, Pfaffen), Saalfeld geriet in die Schlagzeilen, immer, auch wenn von den meisten Medien bestritten, in Verbindung mit dem "rechten Konsens", mit der Zunahme rechten Terrors. Die Faschos in Saalfeld, allen voran die NPD meldete in der Saalfelder Innenstadt eine Gegendemo an. Die Reaktionen des Saalfelder Landratsamt, Bullen und Stadtrat: Auflagen für die Antifa-Demo, die einem faktischen Verbot der Demo gleichkamen. Die Route wurde statt vom Bahnhof in die Innenstadt, auf eine Ausfallstraße an den Stadtrand verlegt, die Faschos durften als Zweitanmelder ihre Route in der Innenstadt, vorbei am Flüchtlingsheim, vorbei am PDS-Büro beibehalten. Begründet wurde das Verbot u.a. mit der Brandgefahr für die denkmalgeschützte Altsstadt durch marodierende, fremde, antifaschistische Demonstranten. Die Klage der Anmelderin (eine Bundestagsabgeordnete von B90/Grünen) der Antifa-Demo gegen den Auflagenbescheid wurde bis zum Oberverwaltungsgericht Weimar abgelehnt. Für den Tag zeichnete sich ab: Auf der einen Seite der Saale (überwindbar nur durch eine Brücke) werden die Nazis ihren Aufmarsch in der Innestadt von Saalfeld durchziehen, auf der anderen Seite der Saale dürfen sich engagierte AntifaschistInnen Richtung Stadtrand bewegen. Dazwischen die Bullen, die als "Bewahrer der Demokratie" die beiden "extremistischen Lager"

auseinanderhalten. Der Saalfelder Bullenchef Kick kündigte schon im Vorfeld an, daß Gewalttäter an diesem Tag Saalfeld nicht erreichen würden. Der stillgelegte Knast Unterwellenborn stand wieder bereit.

Der 14.März in Kürze

Mehr als 40 Busse hatten sich aus dem ganzen Bundesgebiet zur Antifa-Demo in Saalfeld angekündigt. 14 davon (also ca .700 Leute) treffen sich am Rasthof Osterfeld, ein Städtetreffen beschließt, nachdem bekannt war, daß es wegen des faktischen Demoverbots, nur noch eine Kundgebung am Bahnhof geben sollte, über Rudolstadt nach Saalfeld anzureisen. Auf diesem Weg wäre der Konvoi auf der Seite der Saale angekommen, die von den Bullen für die Faschos "reserviert" sein sollte. In Rudolstadt hatten sich schon am Vormittag Faschos gesammelt, außerdem sammelten sich laut Saalfelder Infotelefon schon ca. 100 Glatzen in der Innestadt von Saalfeld. Auf der Autobahn baute sich bei Eisenach laut Infoteleson wieder eine Polizeisperre für den Konvoi auf, der auf eine Wiederholung vom Oktober 97 schließen ließ. Der Konvoi schafft es dieser Bullensperre geschickt und geschlossen auszuweichen. Ab diesem Zeitpunkt werden die 14 Busse von zwei Bullenhubschraubern begleitet. Ca. 35 km vor Saalfeld sollen die Busse durch zwei Streifenwagen umgeleitet werden. Nach kurzen Verhandlungen dürfen die Busse die ursprüngliche Route fortsetzen. Ca. 2km später wird der Konvoi erneut von ca. 40-Bereitschaftsbullen gestoppt. Fast alle aus den Bussen steigen aus und laufen mehr oder weniger geschlossen in den nächsten Ort nach Zeutsch. Die Bullen hatten kaum einen Plan, behaupteten den Konvoi nur begleiten zu wollen, meinen 5 min später, daß die Busse wenden müssten, stellen sich dann irgendwann hinter die Busse, und alle können wieder in die Busse steigen. Nach ca. 4km setzt sich eine Bullenwanne an die Spitze des Konvois. Ca. 500m vor dem Dorf Etzelbach stellt sich die Bullenwanne mit einer Vollbremsung auf freier Landstraße quer. Gleichzeitig sind zwei BGS-Hubschrauber im Anflug. Viele steigen wieder aus den Bussen, einige versuchen in das Dorf weiterzugehen, einige bilden Ketten, ein Streifenwagen wird entglast und verjagt, der erste Hubschrauber landet seitlich im Acker, 25(!) Bulllen springen aus dem großen Hubschrauber, 12 Bullen stellen sich der spontan formierenden Demo in den Weg, werden teilweise zurückgedrängt, ein Bulle der glaubt einem vermeintlichen Steinewerfer nachsetzen zu müssen, wird spontan entwaffnet und erhält für seinen Einsatz die Schläge, die er verdient. Ein Demozug von ca 120 Antifas wird dann innerhalb weniger Minuten von ca.

50 Bullen festgesetzt, viele steigen wieder in die Busse, einige stehen im 500m entfernten Dorf. Nach und nach. landen weiter Hubschrauber, und am Ende sind ca. 120 Leute eingekesselt, der Rest sitzt in den Busssen oder treibt sich sonstwo rum. Den Rest des Tages bestimmen die Bullen. Einsatzleiter Kick will alle 700 in Polizeigewahrsam nehmen, Landtagsabgeordnete der PDS kommen, um zu verhandeln, erhalten teilweise Platzverweise von Kick. Am Ende müssen 120 nach Unterwellenborn, der Rest mußte nach 5Stunden Warten wieder umkehren und Thüringen "unverzüglich" verlassen. Währenddessen gibt es auf der Kundgebung in Saalfeld kaum ein Durchsage über das Ausmaß des Bullenangriffs auf den Konvoi und der Schikanen gegen anreisende Antifas. Auch an anderen Kontrollpunkten werden ganze Busse nach schikanöser Durchsuchung nicht nach Saalfeld durchgelassen. 300 Nazis sind inzwischen durch die Saalfelder Innenstadt gelaufen, und werden anschließend mit Polizeischutz nach Hause, bzw. nach Rudolstadt gebracht. Das Bündnis beschließt trotzdem die Demo gemäß Auflagenbescheid durchzuführen, und kann als wandernder Polizeikessel ein Zeugnis praktischen Antifaschismuses in Saalfeld ablegen. Das Bündnis beschließt, nicht am Knast Unterwellenborn zu demonstrieren.

Wenn das Wörtchen "wenn" nicht wär'....

Schon die Vorankündigung der Bullen ließen an diesem Tag erahnen, daß der Spielraum der Polizeiaufgabengesetze voll ausgeschöpft werden soll. D.h. Durchsuchen aller Anreisenden, bei Auffinden als "Waffen" deklarierter Gegenstände, bei laufenden Ermittlungen oder Vorstrafen Festnahme und Unterbindungsgewahrsam bzw. Platzverweis. Auf diese Weise können nach Belieben Busse mit vermeintlichen "Gewaltbereiten" nicht nach Saalfeld gelassen werden. Daß dies polizeitaktisch aber auch umgesetzt werden muß, und viele Menschen an einer Stelle mit spontaner Wut immer ein Problem darstellen, das außer Kontrolle geraten kann ist jedem erfahrenen Bullenstrategen klar. Außerdem muß der politische, der gesundheitliche (Fürsorgepflicht für sein Untergebenen) und finanzielle(Einstzkosten und Sachschäden) Preis für einen Bulleneinsatz in der Öffentlichkeit irgendwie als verhältnismäßig verkauft werden. Auch die potentielle Gewaltbereitschaft von Autonomen, bzw. das Nichtgreifen von Einschüchterungsmaßnamen, stattdessen entschlossenes militantes Handeln in der Vergangenheit ist Teil des Bewußtseins eines Einsatzleiters, und wird ihn immer abwägen lassen, ob eine Eskalation der Situation nützlich ist. Nützlich für Bullen heißt hier:

wenig verletzte Bullen, hohe Identifizierungsrate von "Straftätern", und ihre Festnahme, letzlich möglichst breite Zustimmung von Politik und "öffentlicher Meinung".

Leider haben die "Bewußtseinsstützen", was militantes, entschlossenes Vorgehen betrifft in den letzten Jahren etwas nachgelassen. Saalfeld wäre unserer Meinung nach eine Möglichkeit gewesen, in diesem Sinne wieder ein Signal zu setzen:

Die Lage war eindeutig: Praktizierter rechter Konsens, Bullen ermöglichen Nazis einen Aufmarsch verbieten antifaschistische Bündnisdemo, anreisende Demonstrationsteilnehmer werden von martialischen Bullenaufgebot angegriffen und wehren sich..

...tanzt in Etzelbach der Bär

700 Leute davon nur die Hälfte entschlossen, und das Szenario vor Etzelbach hätte anders aussehen können. Die Bullen waren anfangs hoffnungslos unterlegen. Dokumentationstrupps kaum vorhanden, Vermummung möglich. Aus einem Hubschruaber stiegen gerade mal 25 Bullen! Ein Steinhagel auf den ersten landenden Hubschrauber, hätte jeden weiteren Versuch zu landen, das Austeigen, oder auch nur das Weitersliegen erschwert. Eine militante Auseinadersetzung gegen anfangs vielleicht 50-60 Bullen am Ende nach 1,5Stunden vielleicht 300 hätte für die Bullen die Situation nur schwer beherrschbar gemacht. Ein anfänglicher Rückzug und der Preis von vielen verletzten Bullen wäre in jedem Fall drin gewesen. Ringsum freies Feld und Wälder. Sicher hätten die Bullen irgendwann die Übermacht bekommen, doch "TäterInnen" zu identifizieren, wäre ihnen bei durchschnittlich militantem Geschick unsererseits nicht gelungen. Und das mögliche Ergebnis: relativ leicht vermittelbarer, weil unmittelbarer, zielgerichteter Widerstand gegen Bullenterror im Zusammenhang mit praktiziertem Antifaschismus (Symbolik! Militärische Hubschrauber gegen Menschen), Sachschäden (Hubschrauber, Bullenwannen), Pesonenschäden(Bullen), wenig verwertbares Marterial zur Verurteilung von militanten Antifas, Nachrichtenwertsteigerung, Diskussionen um die Rolle der Bullen, um die "Gefährlichkeit" der militanten AntifaschistInnen, und nicht zuletzt eine Warnung für künftige Bulleneinsatzleiter. Warum das nicht passierte, ist nicht so einfach zu erklären.

Wir denken, daß aber maßgeblich eine Stimmung, bzw. bestimmte Prämissen für die derzeitige Herangehensweise antifaschistischer, linksradikaler Politik dafür mitverantwortlich sind. In diesem Zusammenhang müssen wir als militanter Zusammenhang die AAB ins Kreuzfeuer unserer Kritik nehmen.

Die AAB gibt sich als Gruppe gern den Anschein, Faschos militant und entschlossen entgegenzutreten. So liest mensch in jedem Aufruf der AAB, Antifa heiße Angriff, mensch müsse den Faschos direkt entgegentreten usw. Zusammengefasst ist die Praxis dann im Gegensatz zu verbalradikalen Ankündigungen als abwiegelnd, ganz und gar nicht militant bis teilweise bieder zu benennen. Wir veranschaulichen am Beispiel Saalfeld: Ein immer schon verlautbarter Ansatz der AAB ist die Bündnisarbeit auch mit Parteien, bürgerlichen Gruppierungen, Pfaffen usw. In dieser Arbeit scheint die AAB mit zunehmender Größe des staatstragenden Bündnisses an Linksradikalität einzubüßen. Wie sonst wäre zu erklären, daß vom Saalfelder Bündnis nicht ein ernstzunehmender

Versuch gemacht wurde den Naziaufmarsch und damit die Protagonisten und radikalsten Teile des "Rechten Konsesns" wenigstens zu behindern. Keine Verlautbarung dieses Bündnisses, den provokativen Aufmarsch etwas entgegenzusetzen. Stattdessen der Versuch, mit Unterlassung von Informationen die Situation in Saalfeld "ruhig" und "friedlich" zu halten. Stattdessen bemühen sich AAB-Leute, wie wir erfahren haben, den Buskonvoi auf den gesteckten Pfaden der Polizei zu leiten, um den Konsens im Bündnis nicht zu gefährden. Auf "Wenigstens eine große Demo mit Bündnis" ist geschissen, wenn vorher die Faschos ungestört durch die Stadt marschieren und nicht versucht wurde, ihnen wirklich offensiv entgegenzutreten mit oder ohne Bündnis.

Die AAB auf dem Boden der freiheitlich, demokratischen Grundordnung

Antifaschismus der sich auf das Image "friedlicher Demos mit großem Bündnis" beschränkt ist harmlos. In Flyern der AAB zu Saalfeld wurde wieder das übliche suggeriert: Nazis aufs Maul, gegen jeden rechten Konsens (Auf das Bündnisplakat wollen wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen, außer zu bemerken, daß der Vergleich des Vebots der Gewerkschaften 33 und der Demo 97 in Saalfeld schon sehr peinlich ist) Was dann der AAB als "Erfolg" reicht, ist ein braver Antifablock, der vielleicht noch ein bißchen Vermummung im Bullenkessel durchsetzen kann. Was uns dabei besonders nervt, ist, daß wenn beipielsweise die Jusos so agieren, dies hier keine Zeile wert wäre, denn jedEr weiß, wie die Jusos sind. Die AAB und auch andere Gruppen der BO dagegen profitieren von der Ausstrahlungkraft, die die undogmatische, radikale Linke, und hier besonders autonomer Antifaschismus in den 80iger Jahren durch entschlossenes Auftreten gegen Nazis, durch "nicht nur Labbern sondern Handeln", durch erfolgreiche militante Aktionen gegen Faschos und RassitInnen, durch ein kulturelles Umfeld, das nicht von Gehorsam und Beachten gesellschaftlicher Spielregeln geprägt war, errungen hat. In diesem Sinne haben wir nichts gegen Großmäuligkeit, und denken auch daß wir als radikale Linke das Maul noch viel weiter aufreißen sollten. Aber dann sollten auch die Zähne gezeigt werden und zwar massenhaft!

Um keine Mißverständisse aufkommen zu lassen: Wir halten in der derzeitgen gesellschaftlichen Situation, gerade im Kampf gegen den wachsenden Druck des Faschomobs auf der Straße, Bündnisse für unabdingbar. Folge darf aber nicht die Aufgabe eigener Positionen und Praktiken sein. Bündnispartnern muß offensiver Antifaschismus als Teil linksradikaler, militanter Politik verständlich gemacht werden. Die Notwendigkeit direkten Eingreifens gegen Faschos darf nicht zugunsten falsch verstandener "Berechenbarkeit" zur Disposition gestellt werden. Ganz falsch wäre es zu glauben, dadurch mehr gesellschaftliche Relevanz zu erhalten. Mit der von der AAB hier skizzierten, praktizierten Politik wird das Potential der Sprengkraft

außerparlamentarischen Widerstands, gerade im Bereich Antifaschismus, geschwächt und schlimmstenfalls kanalsiert auf einen langen Weg in die Parlamente und andere Institutionen dieses System, am Ende auf jeden Fall harmlos und staatstragend.

Wir wissen, daß es leicht ist zu kritisieren und haben auch selbst keine genauen Rezepte, was wir als radikale Linke der Verschärfung der Verhältnisse für Flüchtlinge, Frauen, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, auch für uns als Linke entgegenzusetzen haben. In Bezug auf die Bedrohung durch die zunehmende Mobilisierungsfähigkeit der Faschos, wollen wir mit diesem Papier auch eine notwendige Diskussion anschieben.

Die Erfolge der Faschos auf der Straße entwickeln momentan eine Dynamik, die unserer Ansicht vor allem auf der Straße gebrochen werden muss. Wir reden uns teilweise den Mund fuselig in antirassistischer Alltagsarbeit, wo es oft schon schwerfällt den/die taz-lesende LehrerIn neben seinem/ihrem humanistischen Entsetzen noch eine weitergehende Analyse geschweige denn Konsequenzen im Sinne gesellschaftlichen Eingreifens abzuringen. In dieser Situation kann es uns passieren, daß die kleinen Erfolge in der Bewußtseinsarbeit vom rassistischen, deutsch-völkischen mainstream unter dem Druck der Straße schnell überrrollt werden. Selbst beispielsweise in Friedrichshain am Ringcenter können sich die Faschos fast ungestört treffen, versuchen dort dreist Stärke zu demonstrieren und können es so schaffen, wieder ein Stück öffentlichen Raum einzunehmen. In allen Bereichen ist zu spüren, daß die Stärke der Faschos auf der Straße eine verbesserte Grundlage für die neue Rechte darstellt, wie selbstverständlich in den Diskurs um alle wichtigen Fragen gesellschafltlichen Zusammenlebens in Hochschulen oder Theorieblättern, vorzudringen. Ein verstärktes Engagement als Linke auf der Straße halten wir in der jetzigen Situation deshalb momentan für dringend geboten, und werden diesbezüglich auch unsere eigenen politischen Schwerpunktsetzungen und Prioritäten neu gewichten müssen. Anläßlich des Naziaufmarsches am 1. Mai begrüßen wir die Verlegung der revolutionären 1. Mai-Demo in Berlin auf 18 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz. Es ist unserer Ansicht nach gerade in Zeiten einer schwachen radikalen Linken notwendig, eigenständige Demos durchzuführen, d.h. wahrnehmbar und präsent zu sein, ohne nur auf die Faschos zu reagieren. Die Straße nicht den Faschos überlassen heißt auch selbst und ohne ihre Anwesenheit dort zu stehen. Wir werden am 1. Mai beides versuchen. Wir dürfen uns an den rassistischen Normalzustand auf keinen Fall gewöhnen. Denn was heute noch viele betroffen macht, kann morgen schon wieder "normal" sein.

Deshalb raus auf die Straße, Maul aufreißen und Zähne zeigen!

To be continued!

G.A.L.L.E.

Militante AntifaschistInnen aus Berlin und Umland

Kein Fußbreit den Faschisten! Kampf der NPD/JN auch in Bad Hersfeld!!! Samstag 04. April '98

Die rechtsextreme NPD/JN hat für den 04. April '98 in Bad Hersfeld (Osthessen, Nähe Fulda und dem Autobahndreieck Kirchheim) eine Demonstration "Gegen Ausländerkriminalität - Arbeit zuerst für Deutsche" angemeldet. Geplanter Start ist 11:00 Uhr am Bahnhof Bad Hersfeld. In ihrer Anmeldung geht die NPD/JN von circa 300 Teilnehmern aus, besonders im Hinblick auf den 1. Mai, die zentrale geographische Lage der Stadt und der Tatsache, daß sie derzeit bundesweit über Telefon (NIT) und Internet mobilisieren, wäre aber auch eine größere Zahl möglich. Wir rufen alle engagierten Menschen auf, sich an der zeitgleich in Bad Hersfeld stattfindenden Demonstration des DGB sich zu beteiligen.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) gewinnt nach einer Zeit der Perspektivlosigkeit. des Mitgliederschwunds und einem ideologischen Rückfall Anfang der 90er Jahre inzwischen wieder an große Bedeutung.

Seit den letzten Jahren dienen die NPD und ihre Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) verstärkt als Sammelbecken für die oftmals ehemaligen Mitglieder von verbotenen neofaschistischen Parteien und Organisationen.

Mit etwa 4.000 Mitgliedern bundesweit ist die 1964 gegründete NPD wieder zu einer der wesentlichen rechtsextremen Grupplerungen geworden. Zu Veranstaltungen, zum Beispiel in München und Dresden gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht", sowie zu einem "Bundeskongreß" in Passau, mobilisiert die NPD in jüngster Zeit bis zu 5.000 Sympathisanten, darunter unter anderem auch als Gastredner den verurteilten "Rechtsterroristen" Manfred Roeder, der aus Schwarzenborn in der Nähe von Bad Hersfeld kommt.

In Bad Hersfeld gehörte die NPD 8 Jahre lang dem Stadtparlament an. Bei der Kommunalwahl '97 verpaßte sie mit 4,8% Prozent nur knapp den Wiedereinzug. Die NPD hat, wie auch andere rechte Gruppierungen (z.B. "Bund freier Fürger - Offensive für Deutschland",

dessen Gründungsveranstaltung Anfang des Jahres in Kirchheim bei Bad Hersfeld stattfand), im hiesigen Raum zahlreiche Anhänger. Daneben findet am letzten Maiwochenende voraussichtlich zum 3. Mal die "Kulturkonservative Messe" in Bad Hersfeld statt. Veranstalter ist der " Konservative Kultur und Bildung e.V.", zu denen u.a. Caspar von Schrenck-Notzing und Gerhard Löwenthal gehören. Auch ist nicht auszuschließen, daß die NPD/JN, wie schon im letzten Jahr als sie zum 1.Mai nach Hann.-Münden (Nordhessen) auswich, auch dieses Jahr wieder in dieser Region aufmarschiert. Nicht zu vergessen, den "Hess-Marsch" '93 in Fulda ...

Bad Hersfelds Bürgermeister Hartmut Boehmer bekundete, daß sich die Ereignisse Anfang der 80iger, als mehrere Treffen alter Ssler in Bad Hersfeld und Umgebung stattfanden und es auch zu teils heftigen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten kam, nicht wiederholen dürften und hat bereits angekündigt, den "braunen Zauber" zu verhindern (Kreisanzeiger vom 12.03.'98). Die NPD ist aber bekanntermaßen sehr klagefreudig und setzte bereits an vielen anderen Orten ihre Treffen gerichtlich durch. Kommt deshalb alle:

AB LANDRATSAMT BAD HERSFELD

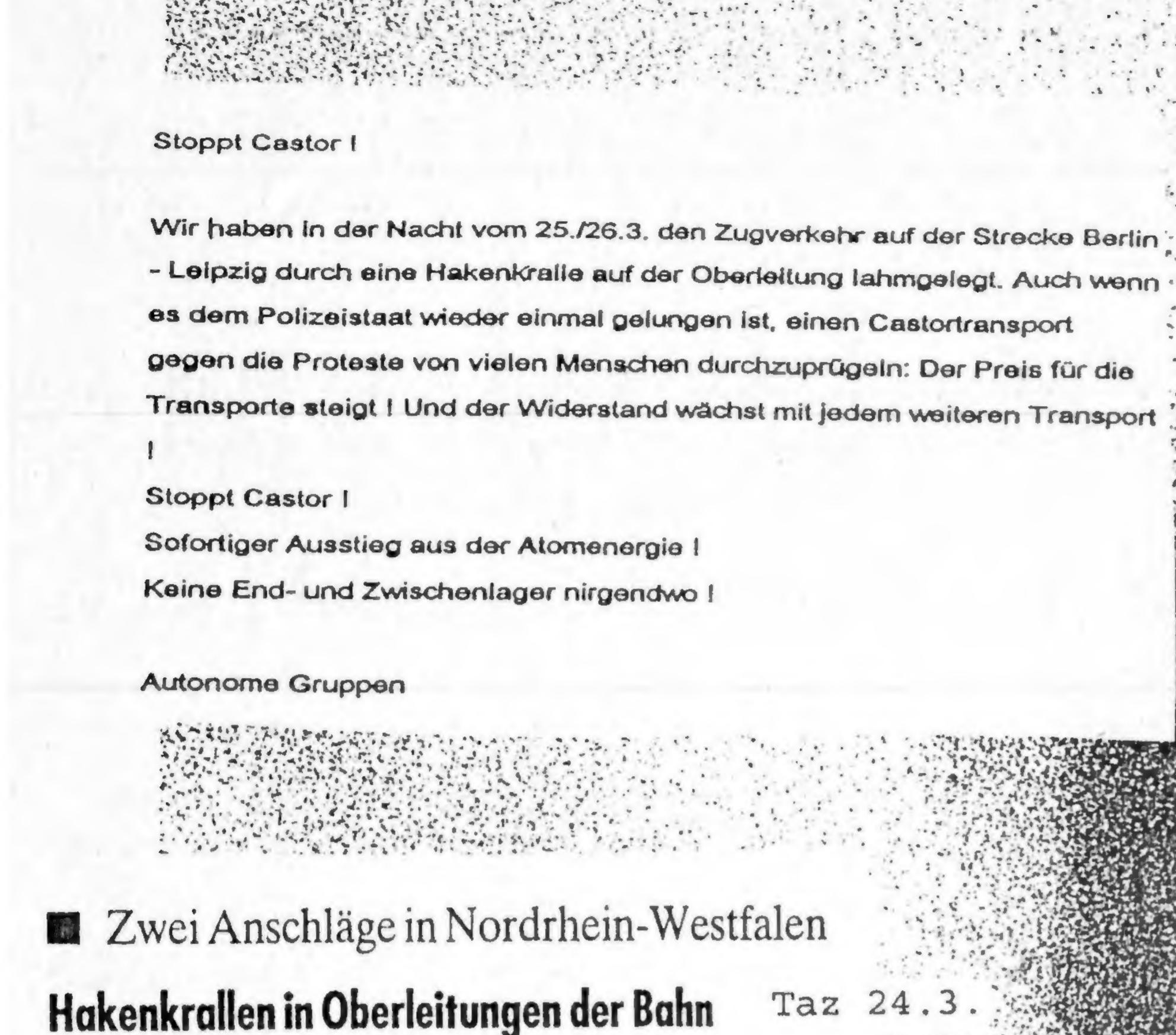
DEN NATIONALEN KONSENS BRECHEN!

Das "Bündnis gegen Rechts" wird zur Zeit von folgenden gebildet: Deutscher Gewerkschaftsbund Hersfeld-Rotenburg-Eschwege, Schülerinnenvertretung im Kreis Hersfeld-Rotenburg, Projektgruppe Zeitsprünge der Jugend-Umwelt-Info-Stelle Bad Hersfeld, Bündnis 90/Die Grünen Areisverband Bad Hersfeld, Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Hersfeld-Rotenburg, Unabhängige Antifas aus der Region

Kontakttelefon: dienstags 11.15 bis 15.00 Uhr: 069/15332818 oder DGB Bad Hersfeld-Eschwege: 06621/9293-0

Literaturempfehlung zu Rechtsextremismus in Osthessen: "Deutschlands Mitte - aber rechts daneben", Hrsg. T. Schadt & K. Seewald ISBN 3-00-001818-2 erschienen bei Zeitsprünge. 300 Seiten A5, DM 19,80

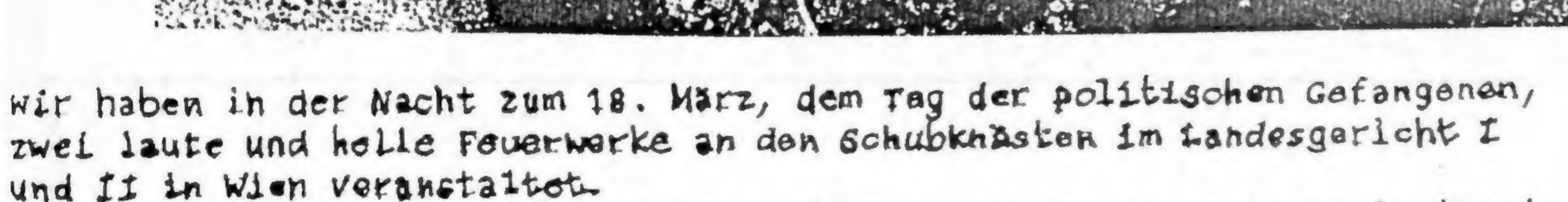
V.i.S.d.P.: Justus Müller, Bad Hersfeld



Gelsenkirchen (dpa) - Mit Hakenkrallen sind am Wochenende zwei Anschläge auf Oberleitungen von Bahnstrecken in Gelsenkirchen und in Düsseldorf verübt worden. Dies berichtete die Polizei erst gestern. In Gelsenkirchen hatte sie in der Nähe des Tatorts Flugblätter gefunden mit der Aufschrift "Nix fährt nachdem sich der Stromabnehmehr". Insgesamt ist der Deut- mer der Lok in einer Hakenschen Bahn AG nach Angaben

eines Sprechers in Essen ein Schaden in Höhe von rund 90.000 Mark entstanden. Menschen wurden nicht verletzt.

Rund 100 Bahnreisende saßen in der Nacht zum Sonntag fast eineinhalb Stunden zwischen Essen und Gelsenkirchen fest. Hier war die Oberleitung gerissen, kralle verfangen hatte.



wir haben damit die kuhe und Ordnung derer gestert, die meinen sie könnten stillschweigend ihre rassietische Politik der Abschiebung und Tolter fortsetzen. Weiters haben wir an diesem rag an die politischen Gefangenen. gedacht, die festgehalten werden, weil sie für eine gerechtere Welt gekampft haben. Der Folterstaat österreich hält immer noch die belden Palastinenser Tawfik Ben Achmed Chaovall und Ben Saadaoui fest. Wir sagen, egal was jemand getan hat, es gibt kelne Rechtfertigung füt rsolationsfolter und Körperliche Mißhandlungen.

Wir grüßen die Gefangenen in Stein, in der Karlin und überall auf der Welt.

Hoch die Internationale Bolidarität!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

ERM I. A. FI $\Omega_{\rm I}$ ERMO! AHRE STOP! 泛为 1 1 0 TAN (D +1 % 14 . 5 ame 12 - 10 Ci ev C 黑一跃

SC 0 H ine rd H D Ch

C. W.-H はこれに O P. O C E WHI 0 3 0 0 Ω_{i} H-H O O D. h. 2 A A U 2 a H A でなれるり 74 ·ল : OECH O a a a या भारत E E : II D 0 7 7 0 HH-HH m X H m 17 U 17 0 HHH NT 四多四日= 江 よけまなな KHBBBBB (1) [2] D DXH I 200 S タャウェド Q) T らるらららら よひとればよ 0 4 5 0 0 HIE アファンロ 0 D.4 0 -4 0 [24 20 0 -4 OH HO HO 50 6 5 6 5 見よりりはま Anl Anl V Deu ivi ivi wer agen en. en. takt: trbev E K O. H 1 5 4 0 3 EX E 四四日 G ы 4 9 5 4 4 0 4 4 0 0 क स ता छ ल म भ E O O D N 日日にはら HH U @ 12 Owdou ण ण द न ल X H こは QUMHA = U Z (14 (1)

OI 14 ne --red. J × He 0 0 3 01

国民岛中巴 10 O T rel HH 13 0 - W 3 OUHDWH - का का का का का पन ल मः E 01 1 13 -H > 12 L क म स धारम hes chen chen ute ine ine itsch itsch ise GUXEO O. O O O H-O H D O R Cha salatta us deu us deu l'kkomt aufg nestel estel nicr E w th H D O H H D D H 口口は至上日日 0 0 0 d d d d ·H H は田見をはま विष्णाः ण क क ता ता कि ता क Z I O Q O C Z Q I O a war a a D. U. Q. Q. Q トセドド らはよられらひ M D B ひ、は エ ス を で、 ス B - 1 0 7 日 0 1 10 日母とることは兄母日 9 H C 4 9 9 9 9 5 5 J.H はるよう 日上る (1) C D ne ne B ल प O E D B H B HH C O O UHD 17 44 こうらつにこ E O G zeh en r r vkl vkl rec mit e Lu O. O. O. O. O. skurdisch skurdisch stammte deutsche deutsche deutsche deutsche deutsche deutsche deutsche deutsche deutsche in der südk der irakis der irakis listen 17 d unter Anle unter dem die Namen d zumeist ho innen ir inbern ir speriali wurde i ing für T räme dung TO HI OD IT ON 장면의되다고되었 HHUH E 2 0 0 0 0 -4 4 0 6 成战3 00 2 日年过20 日

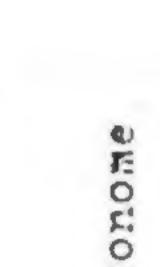
EOO 17 3 Altered O N T D @ U UB red E ed ord CT H D Q) C O rst mi BRD C 0 0 E D ve ve -H U U OXO U ·4 ·4 × 0 Dood ·---D . L よ・るはは 色とよって H H X 0 . 色はなちらせれ 日はまま 0 0 W. [-4 nd [Li CC HYD OF THE derin a mb (C) + 13 WH S -3·4 D. U D D-40 G O E 0,3 X 0 : त द्राधा व = भ्रापा द्र てはない (I) 1rd O O O C H O O ge ms . 12, ≤ E U HO C O O でいるららない U rt C D HUH -HIH C 0 3 C 가다 의 마· × I 00000 I H 0 0 m m m o 0 ür de he Ve ohl o nlie den den E C P. T. T. P. O. S. T. 마·너 의 의대·너 E E 0 4 W T ल भ गना ड elh ku hno nee zer H R O H O F DUR O DE O erish ent ent heri r ht be kamp dies Waff wich kisch N X T X he he as a stemment of the standard of the contract of THE CAR CONTRA O O O C H M HO O יט יזן OH WH BEHH

0 2 0 0 はれてら a a व का था.द.द द C T र म ष ord K E-4-4000000 C ಡ .ದ FIND E W IN C. IN 21 त्त エロス tz ・さる品はは食のを図 ONNERO にほらち NI S TO OF g x g rt che s · 0 14 10 H H G G - H 46 0 400 (D) +cl and . ron chn hoc hoc hen > S : 0 -1 D HO S SM na er er 12 H- W 0 0 5 > C D はわれこ U W e zum zum ingebi e des ige au chie) コーミン Z . 0 0 1 T 13 する。は人でるる Mi-As he 3 10 B K B H R O B 3 reclien ien wacl wacl rba im らますよりら ದ ar htt dk KDP 0 12 Ha ma D U 이 :그 ---C 子の日太 はるのは 0 0 (i) and hen Ita Ve Fam Üb 되는 204 to C 0 D D D A O A O A O N = エエばエス ವಿ. ರಾ disc in rten zhe scher on nl sc as ल ल थ TOOKUK WHOOKUK 成日日日 ortort H Da (C) red QI エマーコロロココーエロロ とけまるこれの and be QHMMMW dian D to the to H 7 国りも D O Q3 3 0 ロワロ 9 I NO > 日本日 ਲਾੜ ਮ-ਜ E K O U 可以以 日日五日日日 क क Q) とう なんりゅう こうちゅう Pund E o in o o niu n iu n c c d enzienite enzienite eben chen chen ロロまはは Strate du co D d D H H はしてより N S F 日 の 0 > d Kriegsfl ang ein Dr den Angre ihre Not shre Not shre Not chre not oder/Neig oder/Neig oder/Neig oder/Neig oder/Neig oder/Neig oder Arbei ein Arbei ein Arbei ein Arbei ein Arbei ein Arbei ein Arbei nnen sind k linrichtung krmee und d suchten et listerte ih an der Od listan soll hat mit d hat mit d listan soll kren soll krenze l krenze l die in der £ 0 0 ie in di lie in c lir ver cannten Mit de afü rka r kre E SCI ne 1-4 अस्क क मिक्क मिक किस्स 9 0 m 0 m - 10 E -rd Viele Kurselt in bezent Kanther schröder europ Spezialis vekt in Kanther spezialis vekt in Kanther die Liefe abgeschle und des Babtuerken der Arbeider Arbei

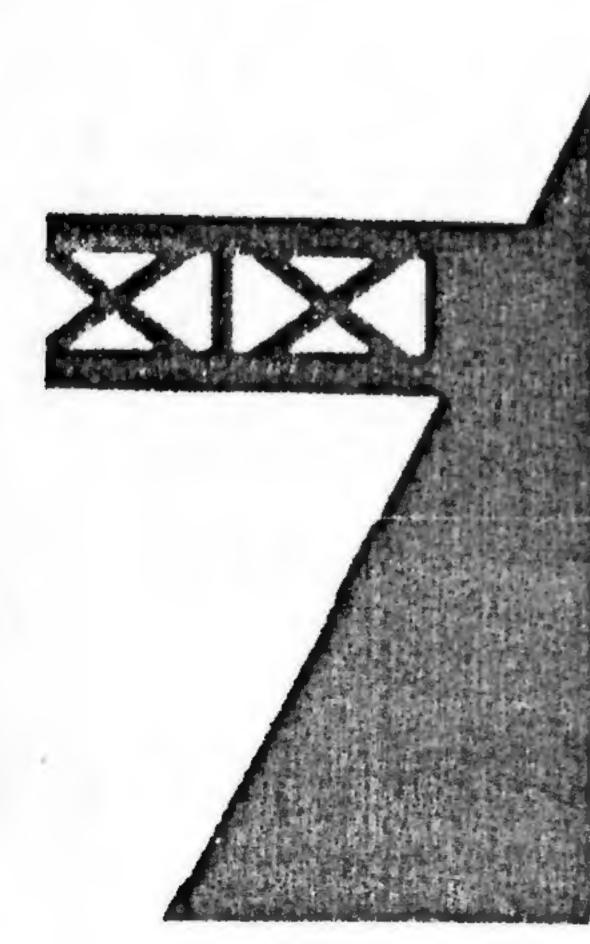
* p* 1 Ø. to 0 O ស ២ ២ nerf. · 70 0 **d** 3 BOE 3 0 म क ध 0 N Th 0 rts U -H U H 3 H N - LA E E - 0 0 (t (t h) D IJ ort K OF-1 H DIM :500 [4 14 13 It, III (1) (2) ·H (1) ס איס 0 5 E H D 0) (7) 口田市 (U) 14 שוים טו C C 14 0 4 17 17 HODH 日まなの 上至云月 HOHU ण प्राथमान्त 000000 C CH U D G 切 Trr Trr Von ab 以 高 日 म मा वा OH HID ich Mil Mil haf W. at O HOOO ום מויח מו द्धानाची वि ल का : 5 NEOM ा प कः degrann O M O O Wat prin

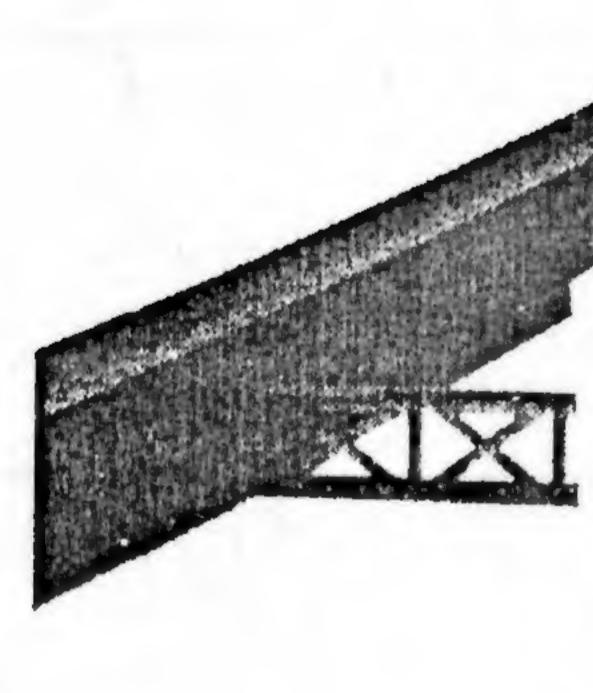
Q) C D E 디 वा छ to: E H 0 0 (1) 二 t o 中中。 rd 14 13 H 0 0 0,00 T) had (D C) (1) の耳切 HET ार १३ क (D D, D, O U H 0 1 4 0 0 0 0 4 O D O (2 H (2) ++1 Berl raße Haus 色るは ef 14 Q1 10 0 10 DB का का e ut Sha T; O C 10 m 1 W 12 15 R of the 104 P A G ngs u (D) (J) (C)

cinige DVU-feindli auch die DVU ZERSCHLAGEHI einfach sie ROLOFF sich als DVU en und könnten haben das entglast, da dari -Begrenzung" ruft brandeinsätze der ruppe rehrmacht 18059 die rteiprogramm heran, i i mit das verBILDete สม tr.8/wittenau rdacht die gegensatz .98 verherrlicht ohne tel.:41 ten bgeschrieben und .03 5011 könnten, fenster DEF seine kloske verstecken! Ausländer sympathi den nacht der ohnen t und









zu dem Infoveranstaltung

Schulung vorläutige werden Hintergründ Körperverletzung sowie in jeweil vorgewo wird ein Angriff auf das F ist der Göttingen beteiligt zu haben. seit Antifa **Aänner** gegen Göttinger Antifas Südniedersachsen Ende Prozeß stellt den versuchte Brandstiftung Prozeßbeginn Bei der Veranstaltung pun erfahren gegen die VIET Angeklagt sind Antifaselbsth Prozessinfos erfolgreichen wurden. werden. Dieser

am findet Veranstaltung Kinzigstr.9 Die

aschbo und Richard müssen raus Liberté pour Richard et Jaschbo! Jaschbo

mit Richard in (zusammen pun wurden Jaschbo Friedrichshain/Lichtenberg anderen) verhaftet. 18.

ani der Die gegenüber-"Besonders Verhaftung "Körperverletzung" Angriff Treffpunkt wiedererkannt. einem Faschisten, vorgeworfen. Nach ihrer wurden sie vermummt den Faschos gestellt und angeblich wiedererk lauten. einen an schwerer Landfriedensbruch". sie die Beteiligung und "Sachbeschädigung" gegen "Cafe Germania" Anklagepunkte Wird

solche Ver-Termine unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattder Hoffnung, 5 Jaschbo Obwohl Jaschbo zusammen diesen ekelhaften hatte Leute in Donnerstag, den 26.3. en Haftprüfungstermin. kamen viele lassen zu können. ersten

d. 1-2 Wochen Knast.

Haftprüfungericht. und einer 7.500,-DM schweren Kaution erstmal Jaschbo gegen Meldeauflagen rausgelassen. Daraufhin legte Staatsanwalt FEU-ERBERG Beschwerde ein. Der Richter hätte Sache mind.

auch würde Der Haftprüfungstermin für Richard steht aus. Solite Jaschbo rauskommen würde Jaschbo rauskommen,

der besteht, beide drinzulassen. Jaschbo ist als politisch aktiver Mensch den Organen nicht unbe-kannt und bei Richard als Nichtdeutschem greifen Interesse die hinfänglich bekannten rassistischen Vorurteile seitens massives jedoch, daß Richard erstmal entlassen werden. Unsere Befürchtung ist jedoch, da Sicherheitsapparate ein massiv

heftigeren Einknastung von Jaschbo und Richard steht immer ä Zusammenhang E

genannt: Insgesamt wurden bei Antifademos in Saalfeld und Lübeck über 500 Antifas vorläufig festgenommen; ca. 700 Leute wurden schon im vorfeld daran gehindert zur Demo in Saalfeld zu gelangen. Im Gegensatz zum Umgang mit den Antifas wurde der Naziaufmarsch in Saalfeld Faschos gegen März Wasserwerfern durchgepruyen, versement sei auch an den Brandanschlag auf das Erinnert sei auch an der Lübecker Hafenstraße am Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße am Flüchtlingsheim in der Lübecker Menschen ums und am Lübeck wurde der Faschoaufmarsch von 1000 Bullen mit pun wurden geradezu schwer verletzt Alibis konstruiert und die Verfahren gegen sie wurtatverdächtigen Als Beispiel sei der 14. Räumpanzern 드 besetzten Haus den genehmigt. geschützt, Teil dringend Grevesmühlener Faschisten znu Repressionsmaßnahmen wurde eine Route am ı Flüchtlingsheim vorbei von der Polizei eine Route am 38 wurden. Den zunächst Von kamen und Antifaschistinnen. den eingestellt. Unterstützung massiv 18. Jar Leben

verbreiten. In Zeiten zunehmender sozialer faschistischen siver ihre rassistische und menschenverachtende Die Faschisten, in letzter Zeit einträchtig in der NPD/ JN vereint, können immer offener und massbreitere immer die auf stoßen Sündenbocktheorien Zustimmung. Ungerechtigkeit Hetze

ihrem dem Ş nicht dem herrschenden rassististellvertretend nuq pun Gruppen anpassen Erstarken faschistischer Grup Gedankenungut entgegentreten sitzen Normalzustand Richard pun sich Jaschbo aile, die schen

NICHT RICHARD ABT GEFANGENEN! JASCHBO REN POLITISCHEN SOLIDARITÄT MIT

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
K.Nr.7189590600 bei Berliner Bank
Biz.10020000
Stichwort: J&R.

gemeinsames Antirepressionbündnis



Greifswald/Lubmin!

Noch Nachgefechte um den Castor-Transport

Ahauser BI kritisiert "brutale Polizeigewalt". SPD-Fraktionschef lobt "besonnenen Einsatz"

Düsseldorf (taz) -Mit scharfen Worten haben die Anti-AKW-Bürgerinitiativen den Polizeieinsatz beim Castor-Transport in Ahaus bilanziert. Am Ende habe sich die "Konfrontationsstrategie" des Düsseldorfer SPD-Innenministers Franz-Josef Kniola "überall" durchgesetzt und zum Teil zu "brutaler Polizeigewalt" geführt, heißt es in einer Erklärung der Mediengruppe der Anti-Castor-Initiativen. Auch Manfred Laumann von der katholischen Friedensbewegung "Pax Christi" kritisierte das Vorgehen der Polizeikräfte. Demgegenüber sprach SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen am Montag im Verein mit der CDU von einem "klugen und besonnenen Einsatz".

Nach Informationen der BI gab es bis zum Sonntag mehrere Schwerverletzte, darunter einen Demonstranten, dessen Fuß von einem Räumpanzer überrollt wurde. Während die Polizei in



einer ersten Stellungnahme den Eindruck erweckt hatte, der Mann habe sich vor das Fahrzeug geworfen, klingt die Schilderung von Augenzeugen ganz anders. Danach fuhr der Räumpanzer am Freitag abend "rücksichtslos" in eine Sitzblockade unmittelbar vor dem Zwischenlager. Entgegen der Darstellung des Polizeieinsatz-

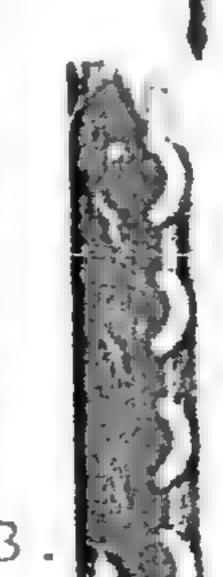
leiters Haase hat die Polizei doch Tränengas eingesetzt.

Der grüne Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel will dazu jetzt ebenso eine Aufrage im Düsseldorfer Landtag einbringen wie zu dem Knüppel- und Wasserwerfereinsatz. Sagel zur taz: "Ich stand 10

wies die Kritik gestern ebenso zurück wie die Gewerkschaft der Polizei.

Insgesamt wurden bei dem Castor-Einsatz rund um Ahaus laut Polizei 575 Persoen in Gewahrsam und weitere 53 Menschen vorrübergehend festgenommen. J.S.

Meter davon ernfernt, als Berliner Polizisten Demonstranten mit Knüppel und CS-Gas traktierten." Daß die Berliner Polizei sich nicht an die Linie der Deeskalation gehalten habe, hatte selbst Kniola am Sonntag eingeräumt. Berlins Innensenator Schönbohm (CDU)



NRW-Grüne: Keine Berliner Polizisten mehr

Berliner Polizisten sollen nach dem Willen von Nordrhein-Westfalens Grünen nicht mehr in diesem Bundesland zum Einsatz kommen. Die Landespartei forderte dies gestern als Konsequenz aus dem Polizeieinsatz beim jüngsten Castor-Transport.

Was ist eigentlich

Castor-Alarm?

Viele, die auch diesmal nicht dabei waren, als hochradioaktiver Atomschrott längs durch die BRD in ein sogenanntes Zwischenlager rollte, fragen sich vielleicht, was den Widertsand gegen die Atomenergie so spannend macht. Und viele, die auch diesmal wieder dabei waren, wissen jetzt genauer, was es heißt, wenn der Staat seine Strategie der sogenannten Deeskalation erfolgreich durchzieht, wie NRW-Innenminister Kniola im Anschluß an den Transport im WDR verkündete. Ein paar Antworten aus persönlicher Erfahrung vom Castor-Alarm im Ahauser März 98:

Kommt man/ frau im Widerstandscamp zu geruhsamem Schlaf?

Eigenflich nicht. Als ich mich am Freitag gegen vier Uhr früh auf meine Isomatte ins von solidarischen Bauern angekante Stroh bottote, wurdt ich win den magagaphantan Wecknifen für die gewaltfaufen SitzblockiererInnen von "X-tausendmal-quer" am Einschlafen gehindert. Vorher waren meine spontan gebildete Bezugsgruppe und ich auf einer kleinen Erkundungstour durch die anliegenden Felder & Wälder von zwei Taschenlampen aufgeschreckt worden. Die Schienen hatten wir nicht erreicht. Von acht geplanten Camps waren fünf schon im Vorfeld verboten worden, von den drei übrigen wurden zwei am frühen Abend geräumt. Dementsprechend voll wurde es noch im Laufe der Nacht. So mußten die Polizeihubschrauber nur ein einziges Zeltlager permanent übersliegen, Scheinwerfer und Propellergeräusch waren einer erholsamen Nachtruhe natürlich auch nicht gerade zuträglich.

Ist auf die Sicherheitskräfte wirklich verlaß?

Im Grunde schon. Nach einem Kaffee und drei Stunden Schlaf (s.o.) machte ich mit einer neu und ebenfalls ad hoc gebildeten Kleingruppe die erste Probe aufs Exempel. Auf dem Weg zur Innenstadt, wo die Gewaltfreien inzwischen einen Bahnübergang mit 400 Leuten besetzt hatten, lagen die Schienen auf freiem Feld vor uns. Der Test begann mit ruhigem Schritt in Richtung Gleis, woraufhin sich die Tür der nächst gelegenen Bullenwanne öffnete und etwa zehn Beamtlnnen sich in Laufschritt zur Verstärkung ihrer alle zehn Meter postierten KollegInnen aufmachten. Dann ein kleiner Spurt unsererseits, und sieh an, wir erreichten

zuerst die Bahntrasse und konnten ätsch rufen und lachen. Aber die Sicherheitskräfte waren auch nicht schlecht und gleich zur Stelle, versuchten, mir den Schal vom Gesicht zu ziehen, schubsten uns die Böschung runter und erteilten uns einen entschiedenen Platzverweis. Daß der etwas unklar für die nächsten zehn, fünfhundert bzw. tausend Meter gelten sollte, war sicher ihrer leichten Anfangsnervosität geschuldet. Der Spaß mit der nervösen Verfassung schwerbewaffneter StaatsdienerInnen hörte jedoch erst später am Tage auf und wandelte sich zu, naja, tatsächlich blutigem Ernst.

Sind die vielgefürchteten Reisechaoten tatsächlich so gefährlich?

Andererseits ist eben doch kein Verlaß auf exekutive Monopolgewalt. Hier spricht ihre Berliner Polizei" hieß es dann am Nachmittag. Münsters grüner Polizeipräsident Wimber hatte noch gesagt, wer friedlich ein Gleis blockiere, dem oder der drohten keine Schlagstöcke. Das war natürlich gelogen. Abgesehen davon, daß Schlagstöcke auch chae Einsatz durchaus zu drohender Wirkung angetan sind, zumal wenn sie, wie diesmal, dreißigtausendfach auftreten und im Verbund mit Pistolen, Schildem, Machinengewehren, Helmen, Räumpanzern, Wasserwerfern, Hubschraubern, Gummigeschossen und, wie bei Beamten des Sondereinsatzkommandos (SEK), mit Potenz suggerierend albernen Sackschonern auftreten. Wimbers hauptstädtische Untergebene meinten jedenfalls zu den BlockiererInnen, als die das Gleis nicht verlassen wollten: "Sollten sie der Aufforderung nicht Folge leisten, wird es zu Schlagstockeinsätzen und zur Anwendung körperlicher Gewalt kommen". Bis dahin war kaum ein Grasbüschel in Richtung Bullen geflogen

Lassen sich Gefangenentransporte aufhalten?

Schlecht. Noch vor dem großen Finale am Bahnübergang der Südstrecke setzten meine Bezugsgruppe und ich aber unsere kleinen Provo-Aktionen fort, um die Sicherheitskräfte auf ihren Anspruch hin zu prüfen (s.o.). Unter anderem kamen uns auf einem Weg in die Innenstadt die meisten der 400 GleisbesetzerInnen entgegen, jetzt allerdings in grünen Bussen sitzend und mit Plastikhandschellen statt an Schienen gefesselt. Wir können jedenfalls einige Busse zum anhalten bringen, werden von Grenzschützern von der Straße geschubst und N. zieht sich bei so einer Gelegenheit eine Prellung zu, die den Rest des Tages schmerzt. Und der dauert noch lang & heftig.

Da war es noch nicht 14Uhr und der Castor gerade zwischen Warburg und Paderborn, oder so. Das ist dann auch so die Zeit, wo die Gesichtsblässe ihre Pendants im ganzen Körper ausbreiten läßt. Rückenschmerzen setzen ein, die Beine bewegen sich eh nur noch mechanisch. Wir haben eben nicht das Glück, unsere Einsatzgruppen immer mal wieder austauschen zu können. Der Zustand also, wo das die Ungerechtigkeiten sind, die in Momenten wie diesen lange vor Atommafia & Staatsgewalt das Bewußtsein beschäftigen.

Was passiert eigentlich mit AKW-Gegnerinnen, die während der Gleisblockade auf Bäume entlang der Fahrtstrecke geklettert sind?

In der Innenstadt befanden sich plötzlich einige hunderte oder gar tausende Menschen, die gemeinsam zum Gleis zogen und sich drauf setzten. Es dauerte Stunden, bis die Schienen freigeknüppelt waren. Gleichzeitig wurden die Demonstrierenden von den umliegenden Feldem gekämmt. Nur an einer von den vier Seiten, die den Bahnübergang rahmten, war noch ein Hügel entlang der Strecke von Castor-Gegnerinnen gekrönt. Für bzw. gegen die wurden dann später die Wasserwerfer bemüht, die am nächsten Tag auf der Titelseite der Süddeutschen plaziert waren. Was ließen sich die tapferen Atomstaat- und ZugbeschützerInnen einfallen, um ihre GegnerInnen von den Bäumen zu holen? Sie sägten sie ab. Während der Sitzblockade hatten es sich einige Anti-CastorianerInnen in den Ästen der Trassenbotanik bequem gemacht. Nicht allzu lange Zeit später saßen sie dort allein, mitten in einer Bullensperrzone. Unbequem sah es aus, als die motorsägenbehandelten Bäume ihre besetzten Wipfel ruckartig neigten. Ihre Besetzerinnen wurden abgeführt und zu den insgesamt über siebenhundert Eingesperrten ins benachbarte Coesfeld gebracht. Die meisten wurden erst am nächsten morgen freigelassen.

Dann flogen wieder fünf, sechs Hubschrauber mehrere Kreise über die Wiese, landeten, setzten sicherheitshalber etwa je 20 AuswechselspielerInnen ab, die dann im Gleichschritt zum Schieneneinsatz über das Spielfeld trabten.

Was ist eigentlich Deeskalation?
Nichts von Bedeutung. Die plötzliche
Vorverlegung des Transporttermins traf die
Anti-AKW-Bewegung empfindlich in der
eigentlichen Vorbereitungsphase, die
Räumung der Camps zwang die Infrastruktur
des Widerstands in ganz neue, behelfsmäßig
errichtete Zustände. Wir MünsteranerInnen

hatten dabei mit einer knappen Autostunde Entfernung noch einen deutlichen Standortvorteil. Der bescherte u.a. das Glück, an allen möglichen Gleisabschnitten immer wieder Bekannte & GenossInnen zu treffen. In allen Krisengebieten eine durchaus unterstützende Angelegenheit. Wasserwerfereien, mit Knüppeln austickende Grenzschützer, die penetrante audiovisuelle Hubschrauberpräsenz und der Showdown mit den anrollenden Castor-Behältemim scheinbeworfenen Halbdunkel: Deeskalation steht für die stufenweise Herabsetzung der eingesetzten Mittel in politischen und/ oder militärischen Auseinandersetzungen und damit für den stufenweisen Raub des allgemein gebräuchlichen Bedeutungsgehaltes der eingesetzten Begriffe.

Machen wir dem Atomstaat den Garaus? Nicht wirklich. Als widerstandslose Alternative zu Gorleben scheidet Ahaus zwar aus, dennoch verbuchten auch Staatsdiener und herren diese Brennstäbereise als Erfolg. Es ist eine pluralistische Frechheit, daß sogenannte JungsozialistInnen am nächsten Tag mit SPD-Fahnen zur Großdemo in Münster auflaufen. Der Staat, der seine dem angeblich postmodernen Schwinden ausgesetzte Macht mit Atomtransporten rituell manifestiert, braucht seine aufrechten DemokratInnen -"Wir wollen den friedlichen Protest", Kniola (SPD) - wie seinen Polizeiapparat. Mit der Erstürmung des letzten Hügels durch eine Bullenstaffel ist die Streckenkontrolle vorerst sichergestellt. Daß sie "ihrer Polizei" gegenüber standen, werden im Nachhinein die wenigsten derer, die dabei waren, noch glauben können. Auch wenn die taz "Castor durchgeprügelt" titelt, läßt die spektakelfixierte Berichterstattung von Angst Ohnmacht Hass nichts übrig oder rüberkommen. Wie sind wir denn drauf? Daß die hegemoniale Mischung aus Businessman und John-Wayne-Verschnitt sich in der Existenzweise der Widerständler breit gemacht hätte, kann ich wirklich nicht behaupten. Ganz gleich, ob ich vorher je so viele abgefuckte Typen mit Handy auf einem Haufen gesehen hätte oder nicht (- hab ich nicht.).

Plot Passenger



Thesen zur aktuellen Auseinandersetzung gegen die Atomtechnologie.

von Fritz Storim

Atomtechnologie heißt Verletzung und Mord an vielen Millionen Menschen!

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft, nationalistische Überheblichkeit und wissenschaftlicher und technologischer Machbarkeitswahn waren und sind die Rechtfertigungen für grausame Verletzungen und Mord an mehreren Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung.

Hiroshima, 6. Aug. 45, Nagasaki, 9. Aug. 45, auf beide Städte werfen die USA eine Atombombe. Geschätzte Tote bis Ende 46 zusammen 230 000, an den Spätfolgen starben bis Ende 81 zusätzlich ca. 150 000 Menschen. Auch jetzt erkranken und sterben immer noch Menschen an den Folgen. Für die PolitikerInnen eine Machtdemonstration - speziell gegenüber der UdSSR -, für die WissenschaftlerInnen ein Freilandexperiment an konkreten lebenden und toten "Objekten".

(Die Zahlen sind als Größenordnungen zu verstehen, die auf das Ausmaß der Bedrohung einerseits und auf die Skrupellosigkeit andererseits, mit denen politische und ökonomische Interessen durchgesetzt werden, hinweisen sollen. Die wirklichen Auswirkungen sind durch Zahlen gar nicht zu erfassen.)

Seit 1945 wurden bei ober- und unterirdischen Atomexplosionen (2047 Tests, durch die USA davon 1051; Stand 17. Aug. 95) gewaltige Mengen Spaltprodukte in die Biosphäre freigesetzt; das entspricht mehr als 40 000 Hiroshima-Bomben. Emissionen aus Atomkraftwerken, die auch größere Unfälle wie "Three Miles Island" (1979) und "Tschernobyl" (1986) einschließen, erhöhen die Gesamtbelastung noch, die zu einem erheblichen Teil aus langlebigen radioaktiven Isotopen besteht, die sich Tausende von Jahren in der Stratosphäre halten.

Der sichere Betrieb von Atomkraftwerken, und die sichere Entsorgung von Atommüll sind bisher gänz-

lich ungelöst und nicht vorstellbar.

Einen Genzwert für die Verträglichkeit radioaktiver Strahlung gibt es nicht. Die Ideologie der Grenzwerte soll über das tödliche Risiko hinwegtäuschen. Weltweit werden weiterhin viele Hillionen Menschen durch die Aufnahme dieser Spaltprodukte verletzt und ermordet werden.

Widerstand und gesellschaftliche Utopie als dialektische Einheit.

Atombomben/AKWs lassen sich nicht als isolierte gesellschaftliche Erscheinungen, als bloße gesellschaftliche Auswüchse verstehen, sondern sind bewußter und konsequenter Bestandteil dieser herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die ökonomische/politische Macht der "Freien Sozialen Marktwirtschaft" des Kapitalismus beruht auch auf der Ausplünderung der Quelle menschlicher Arbeitskraft und "Natur". Der Mensch als "Naturwesen" ist von bestimmten ökologischen Bedingungen abhängig und genau diese werden aber durch die kapitalistische Produktionsweise vernichtet. Das bedeutet, die ökologische Frage wird nur im Zusammenhang mit der sozialen gelöst werden können - durch den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse!

Das heißt für die ökologische Bewegung, daß sie sich weder auf ausschließlich regionale noch ausschließlich fachspezifische (gegen AKW, Zwischenlager, Atombombe, Gentechnologie, Bioethik, ...) Kämpfe beschränken kann, will sie die Fragen an der Wurzel packen und sich nicht damit zufrieden geben, das Problem vor der eigenen Haustür zu "lösen" das wird immer nur eine kurzfristige Scheinlösung sein - und dann jedes Problem immer wieder neu!

Und die Kritik an Atomtechnologie wird nur im Kontext gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzung und der permanenten Suche und Umsetzung eigener >>Utopie einer menschlichen Gesellschaft << längerfristig erfolgreich sein:

Es geht uns eben nicht nur um die Beseitigung der Atomtechnologie, sondern wir kämpfen gegen Atomtechnologie als ein Erscheinungsbild der herrschenden menschenverachtenden Verhältnisse und für eine Gesellschaft, in der nicht die ökonomische Rationalität, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Was wir darunter verstehen, das müssen wir gemeinsam herausbekommen (Begriff von Herrschaftsfreiheit, Solidarität, Autonomie, Kollektivität und Selbstbestimmung, Gewalt, .Recht, ...). Geht es uns darum, kommen wir nicht umhin, unseren Widerstand gegen Atomtechnologie, Rassismus, Faschismus, Patriarchat, Warencharakter der Gesellschaft und unseres Lebens und der Arbeitskraft, Privateigentum, gesellschaftliche Selektion und Normierung, ... als Einheit zu begreifen.

Was nicht bedeutet, daß Staat und Industrie nicht zumindest regional, aus taktischen Erwägungen heraus, auf Atomenergie verzichten werden - falls der Loyalitätsschwund in der Bevölkerung für sie zu groß wird - auch ohne daß sie sich dadurch grund-

sätzlich in Frage stellen lassen (z.B. konnten das AKW in Wyhl, der Schnelle Brüter in Kalkar, die WAA in Dragahn, die WAA in Wackersdorf, der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, die WAA in Gorleben, die MOX-Brennelementproduktion in Hanau, der Weiterbau der AKW in Stendal, ... und der größte Teil des geplanten Atomprogramms in der BRD verhindert werden).

So kann es wohl eintreten, daß wir das Zwischenlager oder die Castor-Transporte in Gorleben verhindert haben, dennoch auch eine politische Niederlage

erlitten haben!

Wobei es mir aber noch offen erscheint, ob SIE momentan im Rahmen der "Neuen Weltordnung" weltweit auf Atomtechnologie verzichten können, ohne auch die eigenen Machtstrukturen grundsätzlich in Frage zu steller.

Eigener Begriff von "Recht" und "Gewalt", "Autonomie" als gesellsch. Utopie.

Die Kraft der Anti-AKW-Bewegung ist auch daraus entstanden , daß so viele Menschen - und das ohne schlechtes Gewissen (das, nachdem alle Versuche der Argumentation auf Erörterungsterminen, vor Gerichten, auf Veranstaltungen mit VertreterInnen der Atomindustrie und PolitikerInnen gescheitert waren) - z.B. gesagt haben:

- >>Radikale werden nicht geboren, sondern von der Umwelt produziert << , oder
- >>Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht<<, oder
- >>Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht, dieses Gesetz zu brechen<<, oder
- >>kriminell sind die, die AKWs bauen und nicht die, die sie zu verhindern suchen <<, oder
- >>Es ist legitim, den Bauplatz zu besetzen<<, oder
- >>Die Region, in der das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und damit unregierbar zu machen<<.

Materieller Schaden ist meist verhältnismäßig leicht zu ersetzen, aber der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, der Verlust an politischer Legitimität staatlichen Handelns führt zum Loyalitätsschwund der Bevölkerung den politisch Mächtigen gegenüber und führt dazu, den herrschenden Vorstellungen von Recht und Gewalt eigene Vorstellungen von Legitimität und Widerstand entgegenzusetzen

("Filbinger (damaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg) hat gesagt, das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Gesetze brachen". (Jens Scheer, auf einer Kundgebung am 24.9.77 in Kalkar)). Dazu, und auch, um mit Menschen mit verschiedenen politischen Vorstellungen gleichberechtigt zusammenarbeiten zu können, war es nötig eigene Begriffe/Organisationsformen Selbstbestimmung, Kollektivität, Autonomie, Herrschaftsfreiheit und Solidarität zu entwickeln. Dies ist es, was uns für diesen Staat unbegreiflich, unkontrollierbar macht, uns so antiparlamentarisch und antistaatlich werden läßt. Viele von uns sind über sich selbst erstaunt, wenn sie sich mit solcher Selbstverständlichkeit als Staatsfeinde wiederfinden.

"Gewaltfreiheit", "Ziviler Ungehorsam".

Unbestritten ist es ist sicher immer klug, einer Fenfrontation aus dem Weg zu gehen, aus der wir absehbar nicht erfolgreich herauskommen werden, die uns politisch schadet, und wenn wir uns nicht in eine Falle locken/provozieren lassen. Bloß darüber wird es vermutlich oft sehr unterschiedliche Meinungen geben. Und wir müssen an Kommunikationsformen arbeiten, so daß wir die unterschiedlichen Meinungen nachvollziehbar machen, sie gegenseitig respektieren und so - auf einer nichtfunktionalen, nichttaktischen sondern offenen Ebene - gemeinsame Handlungsvorstellungen entwickeln können oder auch verschiedene Formen des Widerstandes nebeneinander stehenlassen können.

Aber, zumindest nach meinen Erfahrungen, führt es in die Resignation, wenn Menschen sich zum Opfer machen, sich dem Gegner ausliefern und gerade ihre Wehrlosigkeit und Passivität als Stärke begreifen, als moralischen Sieg feiern und propagieren, manchmal selbst damit kokettieren, Passivität und Opferhaltung zum politischen Konzept machen.

Das Opfer sagt, ich wehre mich nicht, dadurch setze ich den, der gegen mich Gewalt (?) anwendet, ins Unrecht (?). Und ab diesem Augenblick braucht der Knüppel längerfristig nicht mehr eingesetzt zu werden - es reicht die Androhung, das Opfer hat den erhobenen Knüppel bereits verinnerlicht.

Hier ist es dem Staat nicht nur gelungen, Menschen über seine "ausführenden Organe", Knüppel, Maschinenpistolen, ... Gewalt anzutun, sondern auch ihre Köpfe, ihr Denken, Fühlen und Wollen zu beherrschen.

Das Sichwehren gegen Gewalt wird dann als Einlassen auf die "Provokationen der Polizei" verurteilt und somit den Menschen, die dies tun, jedes selbstbestimmte Handeln abgesprochen.

Oder es wird gar behauptet, es diene im Endeffekt nur den Herrschenden, die das als einen willkommenen Anlaß nehmen, alle Anti-AKW-GegnerInnen als "Gewalttäter" und "Chaoten" abzustempeln und das wiederum für den Abbau demokratischer Rechte nutzen. Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, daß diese Aktionsformen direkt von den Herrschenden durch ihre Provokateure in Szene gesetzt werden und all jene, die sich nicht an die verordnete "Gewaltlosigkeit" halten als solche zu diffamieren. Die Aggressionen richten sich dann oft gegen die, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse militant wehren.

Diese Argumentation macht sich die Sichtweise/Moral /Demagogie der Herrschenden zu eigen und verhält sich darin opportunistisch und widerspruchsfrei, verzichtet auf eine eigene Begrifflichkeit von Gewalt, Recht und Widerstand, kann auch keine eigene Begrifflichkeit der Gewaltverhältnisse entwickeln.

Das zeigt sich auch in der Aufforderung, zu unserem Widerstand offen und öffentlich namentlich zu stehen, mit offenem Visier zu kämpfen; mit den Bullen, den AKW-Betreibern u.s.w. in Dialog zu treten, um sie zu überzeugen, daß sie im Unrecht sind. Das setzt die eigene Begrifflichkeit von Recht und Unrecht auch für den Gegner als "wahr" voraus und appelliert an seine Fairness.

Aber es gibt keinen ergebnisoffenen Dialog, und es ist kein sportlicher Wettkampf, der hier stattfindet, sondern tödlicher Ernst - und wir haben uns das nicht ausgesucht!

Appelle an die Vernunft (wessen Vernunft?), um die Entwicklung zu stoppen?

Fehlende Information, Aufklärung sind schon lange nicht mehr das Problem dieser Gesellschaft! Bloße Aufklärung bewegt in einer Gesellschaft, in der Herrschaft weitgehend anonymisiert - es gibt scheinbar keine Verantwortlichen, keine Schuldigen - und somit immer schwerer (be-)greifbar ist, kaum noch etwas. Einerseits wird versucht, jede Kritik unter der Decke vermeindlicher Sachzwänge zu ersticken oder im Rahmen von Modernisierung zu integrieren, andererseits ist das Gefühl, eingreifen, gestalten, verwirklichen zu können, dem Gefühl der zunehmenden Unwirklichkeit, einer entgleitenden Wirklichkeit, einer virtuellen, simulierten Wirklichkeit, in der das "Reale" in seiner medialen Aufarbeitung verschwindet (Jean Baudrillard) gewichen. Das ist die Ideologie des "Zeitgeistes" der Postmoderne und äußert sich in Resignation und Schicksalsergebenheit; Es geht lediglich um das Durchbeißen, um das individuelle "Glück", um im Rahmen der vermeintlich von außen unumstößlich festgelegten Bedingungen, in einem vorgegebenen und akzeptierten Spielraum, das Beste für sich rauszuholen. Nur, dieser Weg, der zur Aufgabe jeglicher Selbstbestimmtheit und kollektiven Handlungsmöglichkeit und Kommunikation, in die totale Vereinzelung und Funktionalisierbarkeit für Fremdinteressen führen wird oder weitgehend schon geführt hat, wird sich als Täuschung und Selbsttäuschung herausstellen - was nicht heißt, daß die Erfahrung und Erkenntnis darüber von innen noch stattfinden: Das bedeutet das Ende kollektiver Lebensentwürfe und gesellschaftlicher Utopie und suggeriert Zwangsläufigkeit und Unausweichlichkeit!

> "Kommunikation" als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen.

Menschen neu für den Widerstand zu gewinnen, wird uns kaum Über Angst und Horror gelingen. Ziehen wir uns den Horror rein: radioaktive Belastung, Kriegsvorbereitung, Waldsterben, Verseuchung von Luft, Wasser, Boden und Lebensmitteln, Genmanipulation, Reproduktionsmedizin, Bioethik, "Neue Euthanasie", "Neue Eugenik", gesellschaftliche Normierung und Selektion, Kontrolle aller Lebensbereiche, Entfremdung, Lohnarbeit, Krieg, Nationalismus, Rassismus, Sexismus, ..., so scheint vielen Menschen nichts anderes übrig zu bleiben, als den Kopf in den Sand zu stecken, zu verdrängen und zu resignieren, einen Freiraum, ein Reservat zu suchen und sich zu arrangieren.

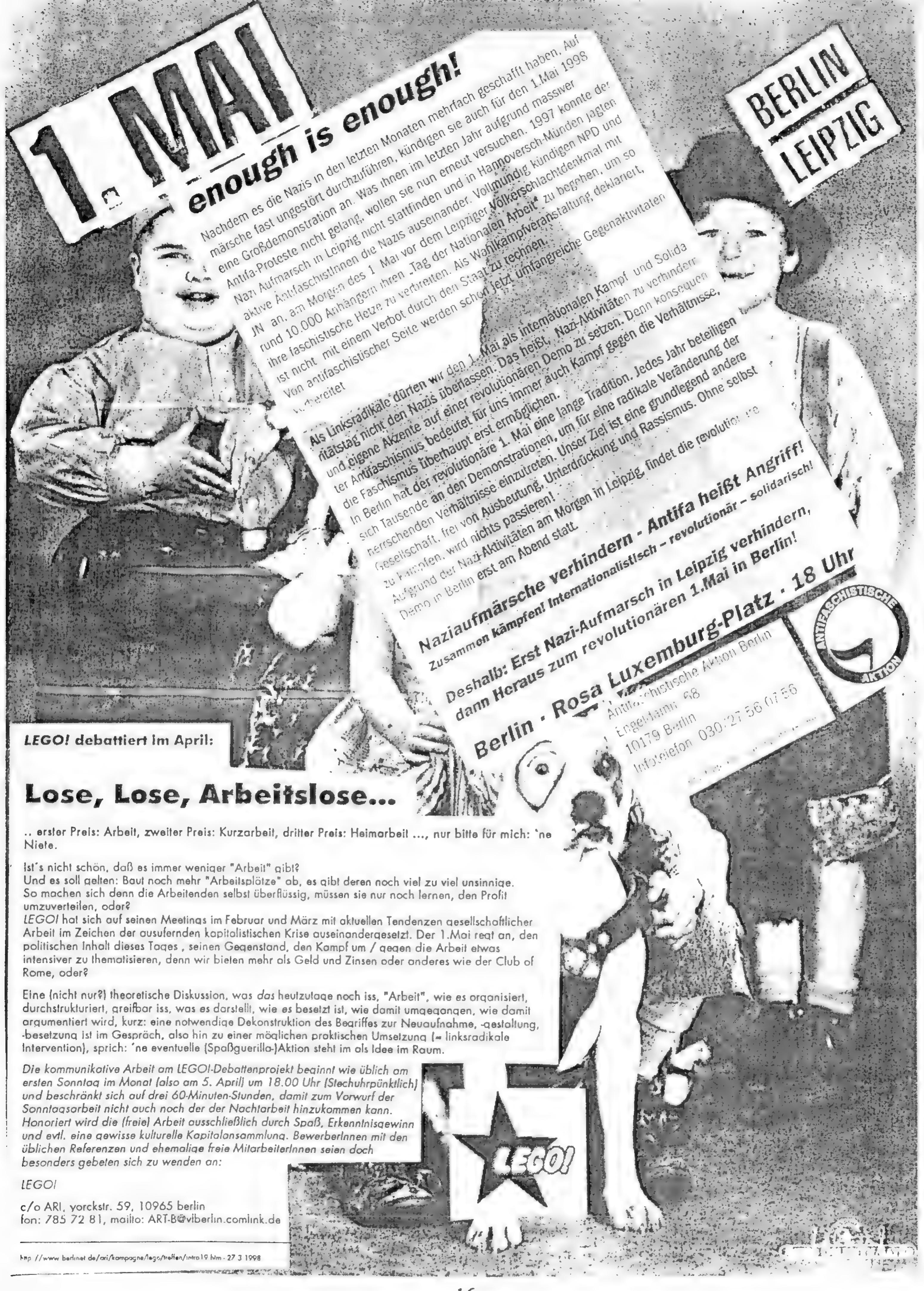
Wobei diese ganze Entwicklung, als eine Entwicklung, hinter der Absicht/Kalkül steckt, weitgehend auch nicht mehr wahrgenommen wird und über die Verinnerlichung dieser Verhältnisse von uns selbst wiederum unterstützt wird (s. These X).

Wissen und Analysen/Theorien sind so lange tote Buchstaben, so lange sie nicht auch eine praktische Perspektive für die Veränderung des Alltags, der Kommunikation, der Beziehungen und der Subjektivität beinhalten. Das heißt auch, daß z.B. die >>Stillegung aller AKW<< von uns nicht nur als technisches Ziel behandelt werden sollte (s. These IV. und V.), sondern, daß es uns vor allem auch darum gehen sollte, wie wir diese Ziele erreichen, was sich dabei unter uns und bei uns selbst verändert:

Gesellschaftliche Vereinzelung ist eine Grundlage von Herrschaft: Kontrolle, Steuerung, Zerstörung von Individualität,

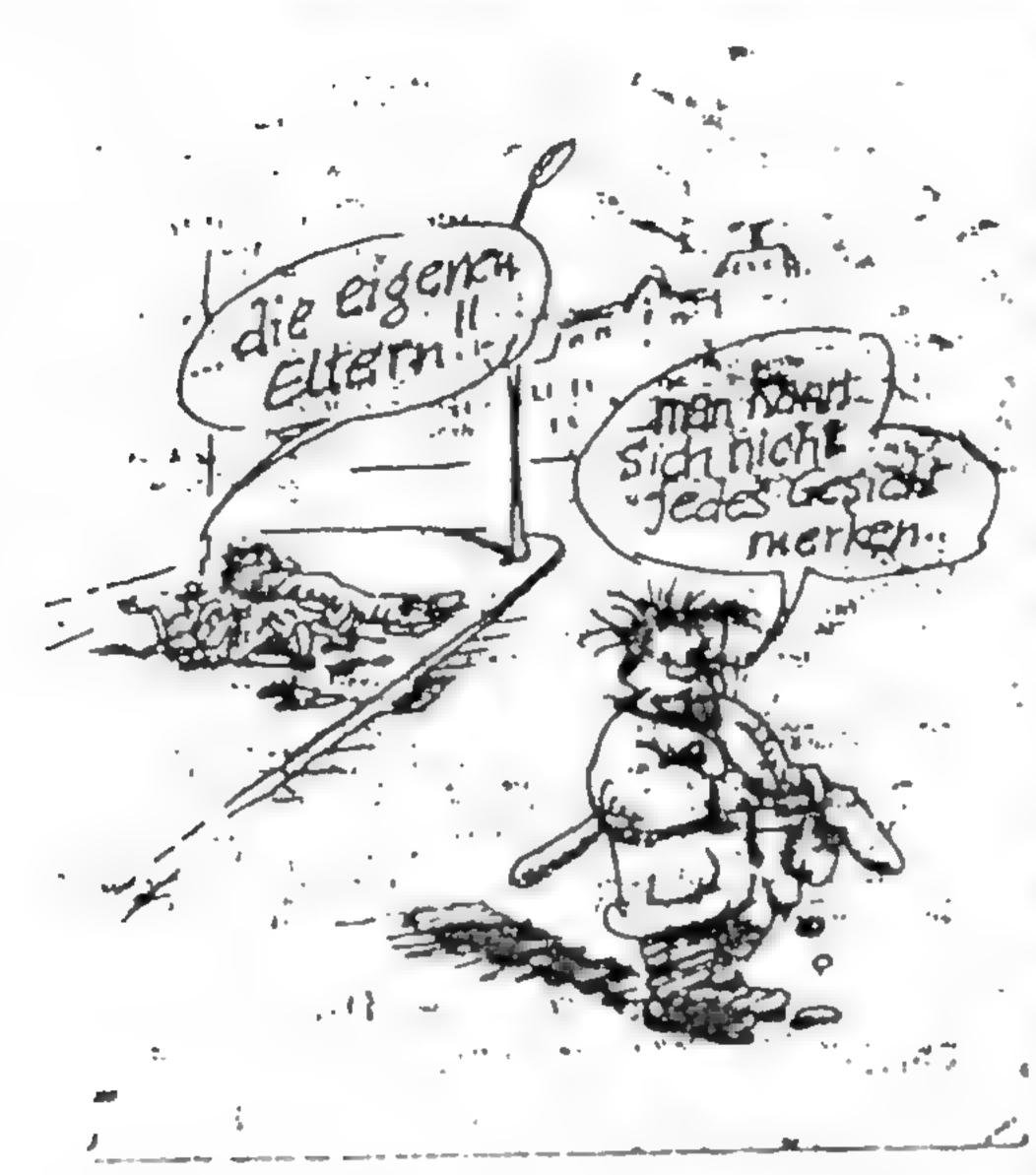
"Kommunikation" als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen entsteht überall da, wo Menschen versuchen, Auseinandersetzungen zu führen, um sich einen Begriff von Herrschaftsfreiheit und Solidarität anzueignen.

> ML NEEL CAS Secretarians Str. Security Set AZ Engelow-34 4222-98 upper tel



Das System ist faul, nicht der Arbeitslose!

I. Mai 98 - Soziale Revolution kosmosweit - Sozialrevolutionärer Block subito



Zum Ausklang des Millenniums hat der Kapitalismus nicht nur seine "Systemkonkurrenz" verloren, sondern verfestigt sich als alternativlose Vorstellung in beinahe allen Köpfen. Er bestimmt immer mehr den sozialen Austausch und verunmöglicht jeden Emanzipationsversuch. Widerstand für eine wirklich befreite Gesellschaft ist nicht mehr vermittelbar unter Bedingungen, die Freiheit erscheinen lassen als den möglichst ausgedehnten Gebrauch von Handy und Bankcard. Glücklich, wer nur mit Vereinzelung zahlt, wo der Wert des Menschen von seiner Ausbeutbarkeit abhängt. Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt bedeutet in Abstufung immer auch Verlust von Selbstwert mensch erlebt sich als Kostenfaktor, ohne den es anderen besser gehen würde. Wer ganz tief fällt, erfährt Wahrnehmung nur noch durch aggressives Betteln. Jede Perspektivlosigkeit ist Resultat des Systems - ist Resultat der Verfügungsmacht von Menschen über Menschen. In vielfacher Hinsicht erlebt der Mensch systematisch seine Entwertung: Das Menschenbild der NS-Rassenhygiene wird mit Hilfe einer

abstrusen Bioethik modernisiert. Sie wird möglicherweise zu einer Propaganda, mit der die Gentechnik gesellschaftlich durchgesetzt werden könnte. Mit ihr kommen faschistische Kategorien, wie die des "werten" und "unwerten Leben" auf High-Tech Niveau zurück.

Die Medien, vierte Gewalt des Systems, nerven uns in Focus, Spiegel und auf nahezu allen "Kanälen" mit marktwirtschaftlicher "Vemunft", unisono tönt es:

- Wir hätten Abschied zu nehmen von den Tarifsicherheiten der "fetten Jahre". Die Vernunft erfordere Elendslöhne auch in hochindustrialisierten Zentren.
- Arbeitslosigkeit sei individuelles Unvermögen. Es gebe keine Systemkrisen, sondern nur Gewinner und Verlierer
- Arbeit müsse sich wieder lohnen. Bei sinkenden Reallöhnen können erwerbslose "Schmürotzer" kein menschenwürdiges Leben mehr erwarten.
- Kein Asyl für Wirtschaftsflüchtlinge! Zu viert auf 16 qm war zu bequem, sie besetzten den für heimische Loser vorgesehenen Wohnraum und nahmen denen die Sozialhilfe weg. Die Fremden sollen bleiben, wo "unsere" Monokulturen (Kaffee, Tee, Kakao, Diktaturen) blühen.
- Wir bräuchten eine konkurrenzfähige Leistungsgesellschaft! Soziale Abstiegsangst motiviert. Mit den von Schokolade und billigem hormonverseuchten Fleisch dickgewordenen Arbeiter/innen ist der Standort Deutschland nicht zu halten. ("Fit for fun" die neuformulierte "Kraft durch Freude" Parole).

Don't Panic!!! Der Unwahrscheinlichkeitsdrive der Geschichte ist auf unserer Seite

Auch wenn wir nicht wissen, wie wir das Ruder herumreißen sollen oder fast ohnmächtig staunend den Weltengang betrachten. Was solls?! Oder mit den Worten des "Per Anhalter durch die Galaxis": "Es gibt eine Theorie, die besagt, wenn jemals irgendwer genau rausfindet, wozu das Universum da ist, dann verschwindet es auf der Stelle und wird durch etwas noch Bizarreres und Unbegreiflicheres ersetzt. Es gibt eine andere Theorie, nach der das schon passiert ist." Also, wollen wir Euch die Verhältnisse nicht endlos (v)erklären, die "Wahrheit" lassen wir nach wie vor durch die Genosslnnen der Leninistischen und Maoistischen Heilsfront proklamieren, dennoch bleibt uns nur eins – die Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht nur in den ohnehin lockereren Teilen der Galaxis, kosmosweit!

Wir rufen Euch zur erneuten Bildung eines antiautoritär-sozialrevolutionären Blocks auf der Rosa-Luxemburg-Demo zum 1. Mai auf unter dem Motto "Das System ist faul, nicht der Arbeitslose". Der Block soll sich verstehen als Versuch einer Zusammenführung der Frustrierten mit den Lebenshungrigen (die wissen schon warum!).

Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution, also:

Antiautoritär & Linksradikal ins nächste Millennium!

Das System ist Fiasche ieer lii, meinen

Zaphod, Trillian & Arthur

Das anti-feministische roll back geht weiter

Die Arbeitsgruppe sollte laut Vorbereitungspapier dem Ziel dienen, "mit Hilfe gemischt-geschlechtlicher Anti-Patriarchats-Praxis [...] der innerautonomen Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis einen wirklichen Schubs zu geben" (5). Nach Stattfinden der Arbeitsgruppe stellt sich allerdings die Frage: Ein Schubs in welche Richtung?

Das Thesenpapier: (Pro)-Feministische DiskussionsverweigerInnen und gutwillige Männer

Das Thesenpapier nennt drei wesentliche Schwierigkeiten, die einer gemischt-geschlechtlichen, antipatriarchalen Praxis entgegenstehen: Erstens die Tatsache, daß viele FrauenLesben bestimmte Diskussion nicht bereit sind, mit Männern zu führen (2). Zweitens die mit zahlreichen Verletzungen verbundene Konfliktdynamik bisheriger autonomer Auseinandersetzungen um das Geschlechterverhältnis (2 f.). Und drittens die angeblich verbreitete Einschätzung, daß eine politische anti-patriarchale Praxis von Männern diese von der notwendigen Selbstveränderung abhalte (4).

Das Vorbereitungspapier teilt zwar folgendes Ergebnis einer statistischen Erhebung mit: "Von den 10 Demoaufrufen, die bislang zur revolutionären 1.Mai-Demoerschienen sind, führt kein einziger das patriarchale Geschlechterverhältnis in irgendeinem näher bestimmten Sinne als Demobegründung an; [...]." (4).

Trotz dieser statistischen Beobachtung wird aber der entscheidenen Grund dafür, daß es kaum eine gemischt-geschlechtliche, autonome, antipatriarchale Praxis gibt, in dem Papier nirgends klar herausgearbeitet - nämlich das schlichte Des-Interesse zumindest der meisten Männer in den männer-dominierten, gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen an einer solchen Praxis. Statt dessen wird der Eindruck erweckt es gebe seitens der FrauenLesben-Szene und der patriarchatskritischen Männergruppen eine grundsätzliche Ablehnung einer gemischtgeschlechtlichen antipatriarchalen Praxis. Aber welcher (pro)-feministische getrenntgeschlechtliche Zusammenhang hätte es je abgelehnt, wenn eine gemischte Gruppe in ihrem 1. Mai-Aufruf nicht nur zu Kapitalismus und Faschismus, sondern auch zum sexistischen Geschlechterverhältnis etwas gesagt hätte? Welcher (pro)-feministische Zusammenhang hätte es je abgelehnt, wenn eine gemischte Gruppe, die in die Erwerbslosen- oder Studi-Proteste interveniert, auch etwas zu geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und feministischer Theorie sagt?

FrauenLesben-Organisierung ist doch vielmehr unter anderem die Folge der systematischen Diskussions- und Praxisverweigerung von Männern hinsichtlich des sexistischen Geschlechterverhältnisses. Und patriarchats-kritische Männer sind - auf entsprechenden feministischen Druck hin - der Versuch von einigen Männern, mit dieser Diskussions- und Praxisverweigerung zu brechen.

Die AG-Diskussion:
Feministische Subjektvistinnen mit hohen,
abstrakten Ansprüchen
und gemischte Zusammenhänge, die zur Praxis streben

In der AG-Diskussion verstärkte sich der Eindruck noch, daß einige vor allem in FrauenLesben-

Organisierung und feministischen Inhalten den Grund dafür sehen, daß es kaum eine gemischt-

geschlechtliche, anti-patriarchale Praxis gibt:

• Zwar wurde von niemandem/r FrauenLesben-Organisierung ausdrücklich abgelehnt, aber es wurde der Eindruck erweckt, die bloße Forderung nach gemischt-geschlechtlicher anti-patriarchaler Praxis (zusätzlich zu FrauenLesben-Organisierung) sei eine neue Idee, die anti-patriarchale Praxis voranbringen könne. Es wurde FrauenLesben-Zusammenhängen vorgeworfen, sie würden denken, die Welt würde dadurch besser, daß FrauenLesben ausschließlich unter sich diskutieren.

Hier wird wieder einmal ein völlig realitätsfernes Bild von FrauenLesben-Positionen gemalt, um sich mit den tatsächlichen feministischen Positionen nicht auseinandersetzen zu müssen. Außer bei einer kleinen Minderheit von radikal-separatistischen Lesben gab es zu keinem Zeitpunkt eine generelle Weigerung von Feministinnen, in gemischte Diskussion zu intervenieren.

Für die große Mehrheit von Feministinnen hatte FrauenLesben-Organisierung schon immer u.a. folgende Funktion: 1. Austausch über Inhalt und Grenzen der gemeinsamen Erfahrungen von Frauen 2. analytische Aufarbeitung dieser Erfahrungen und Entwicklung feministischer Analysen der gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt 3. Entwicklung einer daraus abgeleiteten eigenständigen feministischen politischen Praxis; in diesem Rahmen: 4. Intervention auf der Grundlage der Stärke gemeinsamer Diskussion und Organisierung in die gemischt-geschlechtliche Linke, um dort Aufmerksamkeit für ihre Forderungen sowie Arbeitsstrukturen, die ihnen realen Einfluß sichern, durchzusetzen 5. direkte Intervention in die gemischtgeschlechtliche mainstream-Öffentlichkeit/Gesellschaft auf verschiedenen Politikfeldern; Angriffe auf die patriarchalen Strukturen und deren männliche Träger.

Wer/welche die Kombination separatistischer und gemischt-geschlechtlicher Arbeit als neue Idee ausgibt,
denunziert damit de facto die bisherige feministische
Praxis: wer/welche tatsächlich an einer verstärkten
gemischt-geschlechtlichen, anti-patriarchalen Praxis
interessiert ist, müßte - statt vor allem Kritik an FrauenLesben-Zusammenhängen zu üben - neue Mittel entwickeln, mit denen die Diskussions- und Praxisverweigerung von Männern durchbrochen werden kann!

• In der Diskussion wurde auch deutlich, daß es - entgegen der vordergründigen Rhetorik - gar kein tatsächliches Interesse gibt, zu einer verstärkten, gemischtgeschlechtlichen, anti-patriarchalen Praxis zu kommen. Auf mehrfache Nachfrage, was denn konkrete Praxisvorschläge sein könnten (sei es speziell am 1. Mai oder generell), bzw. aus welchem Interesse die Teilnehmer-Innen zu der AG gekommen sind, gab es keine konkrete Antwort. (Als ein Mann vorschlug, frau/mann könne ja zumindest vermehrt im Alltag spontan auf sexistische Werbeplakate reagieren, wurde auch dies mit konstruierten Feindbildern zerredet.).

Die tatsächliche Funktion dieser Debatte über "gemischt-geschlechtliche Anti-Patriarchats-Politik" wurde deutlich, als eine Frau auf den Vorwurf reagierte, der ihr angeblich gemacht wurde, sie sei gegen FrauenLesben-Organisierung. Sie sagte: Sie sei durchaus nicht gegen FrauenLesben-Organisierung; sie habe nur inhaltliche Differenzen zu vielen in FrauenLesben-Zusammenhängen vertretenen Positionen.

Daraus läßt sich schlußfolgern: Die Funktion dieser Debatte ist es, mittels gemischt-geschlechtlicher sogenannter "Anti-Patriarchats-Politik" feministische FrauenLesben-Positionen zurückzudrängen und - bestenfalls - durch einen gemischt-geschlechtlichen Geschlechterreformismus zu ersetzen!

• Schließlich wurde noch behauptet, daß es nicht mehr gemischt-geschlechtliche, antipatriarchale Praxis gebe, liege daran, daß in der autonomen Szene ein subjektivistischer Patriarchats-Begriff vorherrsche, der sich nur um Themen wie Macker-(Rede)-Verhalten, Vergewaltigungen etc. kümmere, bzw. daß "zu hohe Ansprüche" an eine antipatriarchale Praxis gestellt würden. Aus diesem Grunde fehle es an einer gemischten Praxis zu im Thesenpapier genannten strukturellen und konkreten Politikfeldern wie "frauenspezifische Arbeitslosigkeit, L.J. frauenspezifische Wohnungelosigkeit, Mittelstreichungen für frauenspezifische Sozialprojekte, frauenspezifischer Körperterror, Paragraph 218" (6).

Auch hier wird wieder (wie auch eine Frau in der AG-Diskussion kritisierte) ignoriert, daß es zu diesen Themen seit Jahren Analysen und politische Interventionen von FrauenLesben gibt. Diese Themen sind keine neuen Entdeckung einer ..gemischtgeschlechtlichen Anti-Patriarchats-Politik"; vielmehr wurden sie - u.a. aufgrund männlichen Dominanzverhaltens - jahrelang von der gemischten Szene nicht oder nur am Rande beachtet. - Und es gäbe sicherlich zu diesen Themen noch mehr Interventionen von FrauenLesben, wenn sie nicht immer wieder gezwungen wären, - im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit und eines Minimums an erträglichen politischen Arbeitsbedingungen - subjektive Erscheinungsformen des Patriarchats wie Macker-(Rede)-Verhalten und Vergewaltigungen zum Thema zu machen.

Resümee: Sexismus -Teilbereich oder Gesellschaftsstruktur?

Antipatriarchale Politik erscheint an verschiedenen Stellen des AG-Thesenpapieres als "besonders heikle[r] und schwierige[r]" (6) Politikbereich: "Egal welcher patriarchale Sachverhalt zum je konkreten Gegenstand gemischt-geschlechtlicher Anti-Patriarchats-Praxis gemacht werden würde [...], die jeweiligen Perspektiven auf eben diesen Sachverhalt [...] würden letztlich genauso verschiedenartig ausfallen, wie die je geschlechtsspezifischen Erfahrungshorizonte unterschiedlich bzw. gegenläufig sind." (1).

Dies ist sicherlich in einem gewissen Sinne richtig. Das Problem ist aber, daß damit gleichzeitig unterstellt wird, daß es bestimmte "patriarchale Sachverhalte" gibt, die Gegenstand einer Anti-Patriarchats-Politik sein können; während es andere "Sachverhalte" gibt, die unabhängig von antipatriarchaler Politik und damit auch mit weniger 'Schwierigkeiten' und "heikle[n]" "emotionalen Verknotungen" (2) etc. - bearbeitet werden können.

Letzteres ist sicherlich gängige Praxis der gemischtgeschlechtlichen, nicht nur autonomen, Linken. Aber gerade darin liegt ein grundlegendes Problem: Das Geschlechterverhältnis wird als ein besonderer Politikbereich aufgefaßt, für den einzelne SpezialistInnen (vorzugsweise 'Frauen als Betroffene'; denn es geht jawie es im AG-Thesenpapier an mehreren Stellen [alle folgenden Zitate von S. 6] heißt - um "frauenspezifische" Themen) zuständig sind.

Was (zumindest in den männer-dominierten Strukturen) fehlt, sind die Ideen und die Bereitschaft, das gesamte politische Feld aus einer feministischen Perspektive zu beackern. Der erste Fehler ist schon gemacht, wenn davon ausgegangen wird, es könne eine allgemeine Politik "gegen [...] Arbeitslosigkeit, [...] Lohnausbeutung, [...] Wohnungslosigkeit" etc. geben, und dann könne - je nach persönlichem Interesse - eine besondere Politik "gegen frauenspezifische Arbeitslosigkeit, frauenspezifische Lohnausbeutung, [...], frauenspezifische Wohnungslosigkeit" hinzukommen. Und der nächste Fehler wird gemacht, wenn - wie in dem AG-Thesenpapier - davon ausgegangen wird, es könne einerseits eine Politik gegen diese "frauenspezisischen Diskriminierungen" und andererseits oder wahlweise Politik Männerdominanz" "gegen eine "Männerstrukturen" (Hervorh. i.O.) geben. Denn die "frauenspezifische Ausgrenzung aus verantwortlichen Positionen", Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die "mädchenspezifische Diskriminierung und Benachteiligung in der Schule" etc. ist überhaupt nicht zu trennen von "männlichem Dominanzverhalten im öffentliche Raum" und "Männergewalt". Und all dies ist wiederum nicht zu trennen vom "Kampf gegen das große Ganze" (Hervorh. i.O.), die "hierarchisierte Zweigeschlechtlichkeit". Denn Frauen und Männer sind gerade dadurch und durch nichts anderes definiert, daß sie an all diesen Frontlinien auf gegensätzlichen Seiten der Barrikade stehen.

Wem/welcher es tatsächlich um eine gemischte, antipatriarchale Praxis geht, der/die sollte Vorschläge unterbreiten wie jeder Politikbereich aus einer feministischen Perspektive bearbeitet und wie die Diskussionsund Praxisverweigerung von Männern aufgebrochen werden kann. Das Problem ist nicht die Existenz getrennt-geschlechtlicher Strukturen, sondern die mangelhafte Verankerung feministischer Politik in der gemischten Szene. Wer/welche zu diesem Problem schweigt und statt dessen Kritik an FrauenLesben-Strukturen (und sei es sog. "Selbstkritik von Frauen" [Zitat aus der AG-Diskussion]) in den Mittelpunkt stellt, beteiligt sich aktiv am anti-feministischen roll back.

Organisiert den feministischen Widerstand!

Allerhand Fragwürdiges

Situationsbericht aus Sicht des Frauenplenums des Anti-A-33-Hüttendorfes

(siehe auch Brief einiger Männer des Hüttendorfes, Interim Nr. 443, vom 22. 1. 98)

Miteinanderleben verbinden wollen oder minder versteckt gelebt werden.

Wenn in sogenannten Freiräumen sexuelle Übergrisse begangen werden, würden wir uns gerade dort eine persönliche, offene, ehrliche und vor allem sensible Auseinandersetzung wünschen.

Es darf nicht - wie im Hüttendorf geschehen - dazu kommen, daß Frauen, sobald sie sich öffnen, eine doppelte Verletzung erfahren, weil ihre geäu-Berten Gedanken und Gefühle verdreht, abgeschwächt und in Frage gestellt werden.

Dazu, daß wir diesen Brief erst zu diesem späten Zeitpunkt veröffentlichen, ist folgendes zu sagen:

Zunächst einmal stellten die Beiträge einiger Szenemacker in der Interim für uns eine Schwierigkeit dar, denn diese bedeuteten für uns, daß auch hier ein großer Teil unserer Gedanken und Gefühle aus Selbstschutz nicht geäu-Bert werden kann.

Wir bedauern es, daß wir es nicht zu einem früheren Zeitpunkt geschasst haben, andere Menschen über die Situation im Hüttendorf aufzuklären, speziell Frauen/Mädehen zu warnen.

Obwohl es so wirken könnte, ist dieser Brief keine bloße Reaktion von Frauen auf Dinge, die Männer gesagt, getan oder geschrieben haben! Es fühlte sich aber ein Teil der Frauen durch das Erscheinen des Briefes einiger Männer aus dem Hüttendorf (Interim Nr. 443) genötigt, eine "Auseinandersetzung" (weiter) zu führen, die wir, zumindest im Hüttendorf, als gescheitert ansehen.

Die im Hüttendorf so oft geäußerten Kritiken wurden häufig überhört oder aber auch auf Plena angesprochen. Dort wurde dann ein wenig Betroffenheit, einige Aggressionen und viel Ignoranz bekundet, woraushin das ganze dann mal wieder im Sande verlief, wie scheinbar so üblich! (?)

Bei Menschen, die versuchen, sich von Somit können wir noch nicht einmal Verbal geäußerte sexistische Denkmu-Unterdrückungsformen der Gesell- von einer gescheiterten Auseinander- ster, die weitgehend unrestektiert blieschaft zu befreien - Widerstand und setzung reden, denn "das Hüttendorf" ben, männerdominiertes Redeverhalten als Gruppe hat sich gar nicht, weder kommt es vor, daß eben diese mehr mit den öffentlich gemachten sexuellen Ubergriffen noch mit der Thematik werden) und zum Teil massive verbale Sexismus an sich auseinandergesetzt. Attacken gehörten zum Alltag. Außerdem haben keine Diskussionen über mögliche Formen der Auseinandersetzung stattgefunden. Hier stellt sich die Frage: Was heißt denn AUS-EINANDERSETZUNG?

> Unserer Ansicht nach hätte diese Frage zuerst einmal diskutiert werden sollen im Hüttendorf. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir meinen, es gäbe ein Patentrezept, vielmehr halten wir es für dringend notwendig, in jedem Fall neu zu diskutieren, wie diese "Auseinandersetzung" aussehen kann. Wir haben hierzu einige Ansätze erarbeitet.

> Relativ ausgedrückt hieße das für uns in diesem Falle: Die eigene Position und Rolle und die der anderen zu analysieren. Um daraushin die Mechanismen und Verhältnisse, die sowohl in der "Kleingesellschaft Hüttendorf" als auch in der bestehenden kapitalistischen und patriarchal strukturierten Gesellschaft vorhanden sind, aufzudecken und zu hinterfragen.

Leider ist es im Hüttendorf nicht gelungen, aus den vielfältigen politischen Ansätzen durch eine offene, kontinuierliche Diskussion eine gemeinsam agierende Gruppe (natürlich auch mit Gewichtung auf verschiedene Teilbereiche) aufzubauen. Viel öfter führte z. B. Dogmatismus und Schstinszenierung dazu, daß zwischen den sich teils eigentlich ergänzenden Teilbereichen linker "Politik" scheinbare Widersprüche aufgebaut wurden bzw. über Wi- Hüttendorf einen Wandbrief. dersprüche gar nicht erst diskutiert werden konnte.

Da das Hüttendorf als Gruppe gar nicht existicrt(e), wurden mal wieder Grabenkämpfe auf dem Rücken anderer Menschen ausgetragen. Mit der Zeit gewann vor allem für Frauen die Tatsache, daß sie zahlenmäßig den Männern auf dem Platz weit unterlegen waren, immer mehr an Bedeutung.

(auch während der Plena, wodurch Entscheidungsfindungen beeinträchtigt

Dies führte dazu, daß Frauen immer mehr an Selbstsicherheit und Selbstvertrauen einbüßten und das Vertrauen in andere verloren ging.

Das sind nur einige Brocken davon, die uns täglich entgegengekotzt wurden (Zitate einiger Männer aus dem Hüttendorf):

"Wenn du dich hier nicht wohlfühlst, verpiß dich doch einfach!"

"Vergewaltiger sind Opfer.!

"Wenn Sexismus Plenumspunkt ist, komme ich nicht."

"Ihr Frauen wollt uns doch eh nur eure Wahrheit aufdiktieren!"

"Wie, du hast keine Lust mit XY zusammenzuleben, weil er ein Sexist

"Du bist mal vergewaltigt worden? -Das interessiert mich überhaupt nicht. Das nimmst du doch nur als Vorwand, alle rauszuschmeißen, die dir nicht passen."

"Die Frauen sind nur ausgezogen, weil sie zu faul sind zum Holzhacken!"

Auf einem Frauen/Lesben-Plenum berichtete eine Frau davon, daß sie einen sexuellen Übergriff durch einen Hüttendorf-Bewohner erleben mußte, woraufhin sich andere Frauen ermutigt fühlten, von ähnlichen Erlebnissen zu berichten.

Daraushin veröffentlichten wir im

OFFENER WANDBRIEF

Uns reicht's!!!!! Da sich auf diesem Platz immer wieder Männer sexistisch verhalten, Grenzen überschreiten und aufgrund dessen Frauen gezwungen sind, das Hüttendorf zu meiden

Frauen, die noch nicht die Konsequenz gezogen haben, den Platz zu verlassen,

rechnen/leben. Sie werden somit daran gehindert, frei aus sich heraus zu leben und ihre politischen Ansprilche zu verwirklichen. Aufgrund des nicht-Umgangs mit diesem "Problem" wird der politische bzw. antipatriarchale Anspruch, den dieser Platz haben sollte, völlig versehlt! Der Umgang beschränkt sich auf die Verharmlosung (Relativierung) sexistischer Vorfälle. Wenn Frauen nicht bereit sind, sexisti- mensnennung, welche u. a. entweder durch eine Art "Rudelver- betressenden Frauen nach sich halten" attackiert oder mit einem tie-"ach-du-Arme-Blick" fergreisenden bedacht!

Wie kann es in so einer Situation möglich sein, Utopien von einem herrschastsfreien Leben auch nur ansatzweise zu verwirklichen???

Erneut sielen zwei Männer dadurch auf, daß sie Frauen sexuell belästigten. Beide fallen auch durch aggressive Reaktionen auf Kritik und dominantes Redeverhalten auf.

Daher erscheint es uns unmöglich, uns mit ihnen direkt auseinanderzusetzen. Und BOCK HABEN WIR SOWIESO SCHON LANGE NICHT MEHR!!! Die eigentliche Konsequenz sür uns wäre ein Rausschmiß!

welchen Voraussetzungen ein weiteres zeigten viele Männer ein Verhalten, Zusammenleben noch möglich sein könnte!?

Oder sollen wir Besucherinnen zukünstig sagen müssen, zu wessen Wägen sie besser nicht gehen sollten, wenn sie nicht angegrabbelt werden wollen!???

Wir fordern von allen eine Auseinandersetzung!!!

GEDANKEN dazu:

- 1. Wir wollen nicht, daß alles zeitlich verschleppt wird und im Sande verläust, ohne daß sich etwas ändert!
- 2. Muß alles darauf hinauslaufen, daß es nur gleichgeschlechtliche Zusammenhänge gibt und immer mehr Frauen sich verpissen!???
- 3. Wir erwarten, daß sich alle mit ihrem eigenen Sexismus auseinandersetzen und nicht alles an den "Buhmännern" abgearbeitet wird!
- 4. Wir erwarten als Plenumsverhalten:
- keine Glaubwilrdigkeitsdebatten

- müssen ständig mit neuen Vorfällen die Anonymität der Frau muß gewahrt werden
 - keine Einschüchterungsversuche (z. B. beim gemischten Plenum)
 - wir haben keine Lust, daß sich Frauen silr ihre Reaktionen rechtsertigen müssen (warum hast du ihm nix gesagt'gemacht)

DOCH es kam sowohl zu einer Nasche Vorsälle zu schlucken, werden sie heuchlerische Sonderbehandlung der zog (von den Gefühlen der Frauen mal ganz abgesehen), als auch zu einer Tatbeschreibung durch einen der Täter, woraus logischerweise eine Relativierung und Glaubwürdigkeitsdebatte (um das Urteilsvermögen der Frau) folgte!

> Immer wieder wurde der "Tathergang" thematisiert und zum Kriterium dafür erhoben, wie schwerwiegend der Vorfall sci.

> Zum x-ten Mal: Kein Mensch darf sestlegen, wo bei einem anderen Menschen die Toleranzgrenze zu liegen hat. Scheinbar werden Frauen immer noch nicht für fähig gehalten zu entscheiden, was eine Grenzverletzung ist ...

Anstatt eine wirkliche persönliche Auseinandersetzung mit den Vorfällen Wir haben noch keine Ahnung, unter und dem eigenen Sexismus zu führen, daß sich durch Verständnis für die Situation der Täter-Männer auszeichnete und somit praktisch auf eine Solidarisierung hinauslief.

> Das führte dazu, daß fast alle Frauen ausgezogen sind, die Täter aber nahezu unbehelligt blieben.

> Hier zeigt sich, wie wenig sich sogenannte Freiräume teilweise von der "normalen Gesellschaft" unterscheiden. Männer, die in einem patriarchal strukturierten Gesellschaftssystem potentielle Täter darstellen, solidarisieren sich oft mit Tätern, um somit u. a. auch auf Rückendeckung hoffen zu können, wenn sie selber als Täter entlarvt werden.

> Einige Männer aus dem Hüttendorf verfaßten einen Wandbrief ihrerseits. Dieser nahm vor allem Bezug auf die Art der (Nicht)Auseinandersetzung. Diese Männer wurden in die Rolle einer p.c.-Polizei gedrängt, was viele andere Männer zum Anlaß nahmen, Männerplena zu boykottieren, da diese

nicht die richtige Art der Auseinandersetzung für sie seien. Fronten, die auch vorher schon mehr oder minder offen gelebt wurde, verschärsten sich immer mehr. Daß die Grabenkämpfe auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wurden, machte die Situation für uns immer unerträglicher.

Ost wurde Frauen ein ausgrenzendes Verhalten gegenüber Tätermännern unterstellt, die ja schließlich auch nur Opfer ihrer SOZIALISATION seien. Den Frauen wurde größtenteils nicht das Recht zugesprochen, selber zu entscheiden, inwieweit (bzw. ob überhaupt noch) sie sich mit den Tätern auseinandersetzen wollen oder können.

Die Frauen wurden teilweise verbal in die Ecke gedrängt (somit gedemütigt und unter Zugzwang gestellt), sich mit ihrer Vergangenheit (sprich: sexuellen Übergrissen, Vergewaltigung) sür ihre Standpunkte zum Thema zu rechtsertigen. Daraussolgend wurden diese aber wieder zunichte gemacht, da die Frauen ja traumatisiert seien und somit ihr Urteilsvermögen als nicht objektiv genug crachtet wird.

Eine Auseinandersetzung mit Sexismus fand auch weiterhin nicht statt. Frauen stellten sich die Frage, inwieweit sie sich auf diesem Platz weiterhin einbringen oder gar leben wollen/ können. Die meisten Frauen zogen für sich die Konsequenz, aus dem Hüttendorf auszuziehen und die dort verbleibenden versuchten, so wenig wie möglich an sich ran zu lassen.

Da wir aber nach wie vor in einem Hüttendorf gegen die A 33 leben wollen, sehen wir aufgrund unserer Erfahrungen mit diesem Projekt für uns die cinzige Perspektive darin, in Frauenzusammenhängen zu agieren.

Während des DIREKTE AKTIONS CAMPS werden separate Frauenräume geschaffen. Für weitere Informationen achtet bitte auf Ankündigungen in Frauen/Lesben-Zeitungen oder unter Tel.: 05425/270.

STELLUNGNAHME VON 40 TWH-BewohnerInnen und -MitarbeiterInnen zu den Ereignissen im TWH

Kurz vor Beginn der Aktionswoche zum 25-jährigen machte eine Frau eine Vergewaltigung durch einen TWH- Bewohner offen. Unser Umgehen damit hat verdeutlicht, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung über Gewalt und speziell sexistische Gewalt von uns in der letzten Zeit versäumt wurde und dringend notwendig ist.

Um Interessierten die Ereignisse der letzten Zeit verständlich zu machen ist es wichtig, erst einmal zu erklaren, daß das TWH aus seiner Geschichte heraus ein TreberInnenhaus war und ist! Es wurde erkämpft von SchülerInnen, Lehrlingen, TreberInnen, Leuten, die aus Heimen oder von zu Hause abgehauen waren. Es war Teil des nichtstudentischen Aufbruchs Ende der 60-er Jahre.

Die BewohnerInnen des TWH waren immer sehr unterschiedlich: sowohl politisch aktive Leute als auch Leute, die einfach ein Dach über dem Kopf brauchten lebten hier mit allen daraus resultierenden Schwierigkeiten miteinander. Das Haus bietet für alle Freiraum, d.h. Möglichkeiten der individuellen Entfaltung. Wie die Leute das nutzen hängt davon ab, wie sie drauf sind, was sie wollen. Ein Großteil der Leute hat vorher auf der Straße gelebt mit allen Härten an Erfahrungen. Diese werden mitgebracht und das spiegelt sich natürlich im täglichen Miteinander-Leben und auch in den Formen der Auseinandersetzung. Auch heute ist es so, daß sehr unterschiedliche Menschen im Haus zusammenleben. So leben in einem Stockwerk z.B. Leute, die von der Straße kommen mit schwarzen Musikern,

Konzept des Hauses, daß ankommende Treberlnnen in die anderen Etagen neue Leute ein, die sich zum von Leuten aufgefangen und betreut werden, die Teil sehr aktiv in die bestehenden Hausprojekte früher selbst auf der Straße, gelebt haben und ihre Erfahrungen besser vermitteln können als profesionelle SozialarbeiterInnen ohne diese persönliche Geschichte. Im TWH gab es schon einen immer permanenten Prozeß Auseinandersetzungen, da trotz klarer Positionierung des Hauses die Durchsetzung der Forderungen aneinander (z.B. kein Alk- und Drogenmißbrauch, keine Gewalt, Selbstverwaltung) ständiger Diskussion bedarf.

Vor ca. 1 1/2 Jahren war im Haus eine Situation, daß ziemlich viele Zimmer leer waren und die Leute, die aufgrund massiver Probleme aufgefangen werden mußten in der Überzahl. Es gab damals die Uberlegung, bewußte Leute zu suchen, um die Stabilität des Hauses zu erhalten. Über eine Anzeige, die auf dem Hausplenum besprochen war, kamen dann Leute aus studentischen Kreisen ins TWH, die dann geschlossen auf die 4. Etage gezogen sind. Ab da war diese Etage für Leute, die von der Straße kommen und/oder bestimmten politischen Kriterien nicht entsprachen dicht!

Schon bei der ersten Auseinandersetzung im Haus zeigte es sich, daß es große Verständigungsschwierigkeiten gibt. Vorurteile von beiden Seiten wurden bestätigt. Es ist in der Folgezeit nicht gelungen, die Vorurteile abzubauen; die konträren Positionen verhärteten sich. Es kam seitdem bei Begegnungen, wie z.B. den Hausplena zu sehr aggresiven Verbalattacken. Das spiegelte sich in der täglichen Praxis wieder. Die politischen Aktivitäten der Gruppe aus der 4. Etage verlagerten sich zunehmend nach außen und wurden im Haus nicht vermittelt. Mit den anderen Leuten aus dem Haus wurden keine sozialen Kontakte und Auseinandersetzungen mehr gesucht. Auch dies wurde nach außen verlagert. Der praktische Einsatz im Haus war entsprechend gering. Seinen traurigen Höhepunkt nahm diese Entwicklung in den Auseinandersetzungen um den Studentlinen und Punks zusammen. Es ist und war Umgang mit der Vergewaltigung. Parallel dazu zogen

einbrachten.

Ende vergangenen Jahres eskalierte Beziehungskrise eines Pärchens aus der 2. und 3. Etage und artete in beidseitiger Gewalt aus, d.h. sie prügelten beide. Die Bewohnerlnnen der Etagen, in der die beiden wohnten, versuchten in langen und intensiven Auseinandersetzungen die Beiden davon zu überzeugen, daß ihr gewalttätiges Verhalten inakzeptabel und für alle Mitbewohnerinnen unerträglich ist. Auch an diesem Punkt mischte sich die Gruppe aus der 4. Etage nicht in die Auseinandersetzungen ein.

In dieser Situation bekamen einige Leute von der 2. Etage mit, daß es zwischen diesem Mann und einer anderen Frau von außerhalb ZU einer lautstarken Auseinandersetzung kam. Sie beriefen daraufhin ein Etagenplenum ein und stellten den Mann in Anwesenheit der Frau zur Rede. Die Frau konfrontierte ihn mit seinem Verhalten, das sie als "brutal, Grenzen überschreitend und als Vergewaltigung" bezeichnete. Sie war eigentlich gekommen, um ihn damit zu konfrontieren und ihm begreiflich zu machen, was er getan hat. Er war dazu nicht bereit, sondern griff sie verbal an. Die Frau ging daraufhin. Die 2. Etage gab dem Mann eine Woche Zeit, sein Verhalten zu überdenken und forderte eine Entschuldigung für sein Verhalten, ansonsten muß er gehen. Einen Tag vor dem nächsten Plenum der 2. Etage war zu dem gleichen Vorfall von einer Hausbewohnerin aus der 4. Etage nach Rücksprache mit dem Büro ein Hausplenum einberufen worden, dem ein Rausschmißantrag gegen den Mann vorlag.

Das Hausplenum verlief ziemlich eklig. Die Frau machte die Vergewaltigung offen und der Mann stritt es lautstark ab. Ein Teil des Plenums war nach dem Bericht der Frau nicht mehr an einer Stellungnahme des Mannes interessiert; ein anderer

Teil des Pienums wollte sie hören. Einigen sagen, daß er in den öffentlichen Räumen des TWH auf, die den Täterschutz bei Vergewaltigungen BewohnerInnen erschien es unglaublich, daß ihr nichts mehr zu suchen hat. Dies haben einige anklagen. Das Plakat, im Zusammenhang mit dem Mitbewohner ein Vergewaltiger sein soll/ ist. Erschwerend kam hinzu, daß von einigen Hausbewohnerlanen gefordert wurde, gleichzeitig die Gewalt zwischen dem Mann und seiner Freundin zu thematisieren. Die Stimmung heizte sich immer mehr auf. KEINER der Anwesenden war in der Lage, die entgleiste und für die Frau unzumutbare Situation rechtzeitig zu stoppen.

daß der Mann rausfliegt und noch zehn Tage Zeit kriegt, um sich eine Wohnmöglichkeit zu besorgen und verwehrten ihm den Zutritt. Er ging daraufhin. und daß er mindestens ein halbes Jahr Hausverbot bekommt. Dies war ein fauler Kompromiß aller noch Anwesenden, da einige den sofortigen Rausschmiß forderten und andere einen Monat Zeit geben wolten. Bereits während des Plenums wurde deutlich, daß wir zum Einen gravierende Fehler bei der Herangehensweise gemacht haben und zum Anderen daß aufgrund unterschiedlicher Erfahrungswerte und unterschiedlicher persönlicher Beziehungen Positionen bezogen wurden, die so nicht zu Gewalt und Umgehensweise damit auf dem nächsten Hausplenum am 15.03.98 zu beginnen. Klar wurde, daß wir nicht noch einmal einer Frau den sie notwendigen Schutzraum vorenthalten dürfen. Die Situation war für alle Beteiligten eine völlig neue. Es gibt jetzt das erste Mal eine gemeinsame Disksussion im Haus darüber.

Vom 01.03. bis zum 07.03. führten wir mit Unterstützung von außen und unter Mitwirkung von vielen HausbewohnerInnen die Veranstaltungswoche zum 25- jährigen Bestehen des TWH durch. Sie stieß auf breites Interesse in der Öffentlichkeit.

Es wurde versäumt, dem Mann auf dem Hausplenum bzw. im Nachhinein von Einzelnen deutlich zu

MitbewohnerInnen der Etage getan, jedoch weder die Sozialarbeiterinnen noch die Gruppe aus dem 4. uns nicht als provokativer und konstruktiver Stock. Bis auf das Abschlußkonzert am 07.03. hat er auch nicht den Versuch gemacht, die öffentlichen uns, also das ganze Haus, empfunden. Deshalb Räume zu betreten. Im Vorfeld des Konzertes suchten einige Leute aus dem 4. Stock bei den Sozialarbeiterinnen Rat und Zuspruch bei der Bewältigung der Situation. In der konkreten Situation, als der Mann tatsächlich zum Konzert kommen wollte, teil-Im Verlauf des Plenums wurde der Antrag gestellt, ten die beiden Sozialarbeiterinnen ihm unmißverständlich mit, daß er nicht reinkommt, gehen soll

Am Tage des Abschlußkonzertes erhielten wir auch Kenntnis von einem anonymen Flugblatt (Interim Nr. 445 vom 05.03.98/ Ordner), in dem zum Boykott des TWH und seiner Beseitigung aufgerufen wurde. Leute, die so etwas schreiben und in Umlauf bringen sollten sich vorher genau überlegen, was sie damit bezwecken und sich über die Wirkung klar sein. In unserem Falle verhinderte dieses Flugblatt die notwendige Auseinandersetzung und diffamierte in seiakzeptieren sind. Wir nahmen uns vor, eine ner Wirkung alle Versuche von außerhalb, uns zu grundsätzliche Diskussion zum Thema sexistische unterstützen. Wir möchten für die Zukunft, daß ano- unzumutbar empfindet. Daraus resultierende, solidanyme Flugblätter zu solchen Themen nur noch veröffentlicht bzw. in Umlauf gebracht werden, wenn die Möglichkeit besteht, mit den VerfasserInnen in Kontakt zu treten. Dies ist eine Forderung von uns an die Strukturen der linken Szene, damit perspektivisch ein verantwortungsvollerer Umgang mit Kritik für die Betroffenen möglich wird!

> Die vor Konzert, anwesenden dem TWHbewohnerlnnen und -mitarbeiterInnen verständigten sich kurz über das Flugblatt und allen war klar, daß keinerlei Diskussionsgrundlage darstellt, sondern lediglich Stimmungsmache ist. In dieser aufgeheizten Stimmung, ca. 1 Stunde vor Konzertbeginn, kam ein uns bekannter Mann und hängte ohne Absprache im Saal und im Haus Plakate

eben erst bekannt gewordenen Flugblatt, wurde von Diskussionsanstoß, sondern als klarer Angriff gegen entfernten wir die Plakate.

Am darauffolgenden Sonntag, dem 08.03., lief das Ultimatum für den Vergewaltiger ab. Er wurde an diesem Morgen rausgeschmissen.

Eine Frau aus der 4. Etage hatte sich um Unterstützung an Frauen-/Lesbenzusammenhänge gewandtt, da sie mit der gesamten Umgangsweise mit der Vergewaltigung nicht einverstanden war und im Haus keine Unterstützung für ihre Position gesehen hat. Sie war bei dem Rausschmißplenum und in den folgenden Tagen nicht im Haus, somit waren ihr auch unterschiedliche Positionen in der Frage nicht bekannt. Sie bemühte sich auch nicht, dies herauszufinden.

Es ist uns nachvollziehbar und verständlich, wenn sich jemand, in diesem Fall die Frau aus der 4., Unterstützung holt, wenn sie sich in ihrer Position allein gelassen fühlt und den Zustand für sich als risch- kritische Unterstützung finden wir hilfreich und richtig. Voraussetzung dafür muß aber sein, daß erst einmal die Auseinandersetzung im Haus gesucht wird. Das ist in diesem Fall nicht geschehen.

Am Mittwoch (11.03.) suchten einige Bewohner-Innen aus dem 4. Stock ein Gespräch mit den Sozialarbeiterinnen. Diese teilten ihnen mit, daß am nächsten Tag ein Plenum für alle Frauen, die im TWH leben und arbeiten sowie für Frauen, die sich solidarischkritisch unterstützend einmischen wollen, stattfinden wird. Wir wollten eine öffentliche Erklärung schreiben sowie das Hausplenum am Sonntag vorbereiten. Dazu kam es jedoch nicht, da die Situation schon zu aufgeheizt war und keine gemeinsame Kommunikationsebene gefunden

wurde. Diejenigen, die versuchten, die Situation und die gemachten Fehler zu verdeutlichen, konnten sich nicht durchsetzen. Den Frauen aus dem Haus wurde von der Frau aus dem 4. Stock Täterschutz vorgeworfen; sie versuchten, sich dagegen zu wehren. Es kam keine inhaltliche Diskussion zustande.

Die Bewohnerlnnen der 2. und 3. Etage hatten sich zusammengesetzt und das bevorstehende Hausplenum detailliert vorbereitet mit dem Ziel einer konstruktiven und gewaltfreien Auseinandersetzung untereinander. Am Samstag vor dem Plenum war TWH und die Umgebung zum Thema Vergewaltigung vollplakatiert. Sonntag morgen fanden die Hausbewohnerlinen einen *Offenen Brief an das TWH" an allen Etagentüren, geschrieben unter Mitwirkung der Bewohnerin aus dem 4. Stock (s.o.). Zu diesem Zeitpunkt war der Vergewaltiger bereits seit einer Woche raus. Dieser Brief läuft der Uberschrift "TWHakzeptierende unter Sozialarbeit mit Sexisten oder linkes Projekt?". Mit dieser Uberschrift wird schon ein bestimmtes Bild erzeugt, da der Begriff "akzeptierende Sozialarbeit" bekannt ist als pädagogische Arbeit mit Rechtsradikalen. Die eigene Position der Gruppe zum Thema wird nicht dargestellt; es werden massiv Vorwürfe erhoben, unkonkrete Behauptungen aufgestellt und Unterstellungen geäußert. Der Brief, der sich an die Bewohnerlnnen des TWH wendet ist auf einem abgehobenen, intellektuellen Niveau mit Begriffen wie z.B. "Sexistische Hegemonie im TWH" gehalten, daß er nur mit den Worten "Wissen ist Macht" beschrieben werden kann. Die Sprache dieses Briefes ist unverständlich für Leute, die von der Straße kommen und in einem Haus wie dem TWH versuchen, ihr Leben und dieses Projekt selbst zu organisieren! Ein Großteil der BewohnerInnen hat sich von allen ihr samm gerantenen und von beiten. gefühlt. Die Bewohnerlanen der anderen Etagen hatten das Gefühl, fertiggemacht zu werden. Sie

die Zusammenhänge, in denen sich die kennen Leute aus dem 4. Stock bewegen nicht. Sie können nicht einschätzen, wer, mit welchem Interesse und welchem Umfang aktiv wird. Geht es mit uns oder gegen uns? Die meisten BewohnerInnen aus dem Haus haben erst einmal keine Gelegenheit, sich mit den Verfasserinnen solcher Briefe auseinanderzusetzen, da sie ihnen unbekannt sind.

Nach Bekanntwerden dieses Briefes wollte eine Hausbewohnerin die Frau aus der 4. Etage zur Rede stellen, ob dieser Brief unter ihrer Mitwirkung entstanden ist. Dies wurde ihr im Beisein eines anderen Bewohners der 4. Etage grinsend bestätigt. Daraufhin verlor sie die Beherrschung und drohte der Frau aus der 4. Etage verbal Gewalt an, falls sie" noch einmal Lügen an die Etagentüren kleben sollte". Auch dies wurde von den beiden Anwesenden grinsend zur Kenntnis genommen.

Zum Hausplenum kam eine größere Gruppe von Leuten, die allen Hausbewohnerlnnen, außer der Gruppe aus dem 4. Stock, unbekannt waren. Aus sich zusammensetzen müssen, um ihre jeweiligen den bereits beschriebenen Gründen empfanden die BewohnerInnen diese Präsenz als absolut bedrohlich, weil u.a. die Ereignisse in der Brunnenstraße noch gut in Erinnerung sind. In dieser Stimmung war niemand fähig, das Plenum entsprechend der Vorbereitung ruhig und sachlich anzugehen. Es kam niemand dazu, alle Leute zu fragen, wer sie sind und aus welchem Interesse sie hier sind. Stattdessen schlug dieser Vorsatz um in aggressive Ausbrüche aus dem Gefühl und der Wut heraus, sich bedroht zu fühlen und sich dagegen wehren zu müssen. Das äußerte sich in einem massiven, verbalen Angriff gegen die Frau aus der 4. Ihr wurde der Rausschmiß angedroht, wenn sie nicht innerhalb von 24 Stunden das' Haus verläßt da die Mehtheit der Hausenewohnerlands die Frau aus der 4 nicht mehr ertragen konnte, ihr berechtigtes Anliegen wurde nicht mehr verstanden, sondern die seit Monaten angestauten Aggressionen gegen die Gruppe aus

dem 4. Stock (Männer und Frauen) wurden an ihr ausgelassen. Eine Frau, die im TWH arbeitet, versuchte diese Stimmung zu stoppen, es gelang ihr jedoch nicht. Von etlichen Leuten wurde versucht, deutlich zu machen, daß die vorgebrachten Außerungen aus den oben bereits beschriebenen Gefühlen heraus erfolgt und maximal als Antrag an das Hausplenum zu werten sind. Sie fanden in der vorgetragenen Form nicht bei allen Unterstützung. Der Punkt ist im weiteren Verlauf nicht mehr zur Sprache gekommen. Das ändert nichts daran, daß die Drohung gegen die Frau aus dem 4.Stock, sie hätte innerhalb von 24 Stunden das Haus zu verlassen, katastrophal ist und in keinem Verhältnis dazu steht, daß der Vergewaltiger noch eine Frist von 10 Tagen bekam.

Zum Ende des Plenums beruhigte sich die Situation einigermaßen. Es wurde die Forderung gestellt, daß alle Beteiligten und Fraktionen im Haus ihren jeweiligen Anteil an Verantwortung für die eskalierte Situation übernehmen. Von einem Bewohner der 2. Etage kam der Vorschlag, daß die einzelnen Etagen Positionen und Vorstellungen von gemeinsamen Zusammenleben zu diskutieren. Dies Voraussetzung für ein Aufeinanderzugehen der einzelnen Etagen, um trotz unterschiedlicher Umgehensweise eine gemeinsame Lösung zu finden. Dieser Vorschlag wurde von einer der beiden Frauen, die nach wie vor ins TWH einziehen wollen, unterstützt. Es wurde deutlich gemacht, daß alle an der Situation Beteiligten sehr verletzt sind und Raum brauchen, dies zu verarbeiten. Von einigen Bewohnerlanen wurde der Wunsch geäußert, daß die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt zunächst mal von allen HausbewohnerInnen und -mitarbeiterInnen geführt werden soll, weil es dazu bisher noch nicht kommen konnte.

Ein Mann aus der Gruppe vom 4. Stock wehrte sich vehement dagegen und sagte, daß er schreiben oder sagen würde, wann immer und wo immer er will. Auf die konkrete Frage, ob er bereit sei, mit uns die

einzugehen, blieb er die Antwort schuldig. Stattdessen ging er am nächsten Tag mit einem bereits vorbereiteten Papier in linke Zusammenhänge und rief öffentlich zu einem Treffen auf, ohne die Bewohnerinnen und MitarbeiterInnen des TWH von diesem Termin zu informieren oder diesen gar abzusprechen. In diesem Papier wird offen zur Neubesetzung des TWH aufgerufen. Die an dieser Aktion beteiligten Männer aus dem 4.Stock übernehmen keine Verantwortung an der Eskalation im TWH. Sie führen die Auseinandersetzung nicht mit den Männern im Haus, deren Positionen zu Fragen sexistischer Gewalt unbedingt diskutiert werden müssen.

Wir haben den Eindruck, daß mit der zurecht offen gemachte Vergewaltigung und den danach gelaufenen, beschissenen Auseinandersetzungen im TWH Politik gemacht wird. Ab einem gewissen Zeitpunkt hatten die erschienenen Papiere nichts mehr mit der Vergewaltigung zu tun; es geht offensichtlich darum, ein anderes Wohnprojekt mit anderen Bewohnerlanen im TWH gegen die jetzigen Bewohnerlnnen und Mitarbeiterlnnen durchzusetzen. Der notwendige und bereits vorher begonnene Diskussionsprozeß um Gewalt im Haus wird damit blockiert. Genauso die dringend notwendige Auseinandersetzung über Sexismus.

Nach dem letzten Hausplenum zogen vier Leute aus dem 4. Stock aus. Drei davon hatten dies schon seit Längerem vor. Für uns ist nachvollziehbar, daß die Frau aus dieser Gruppe sich von der gesamten Stimmung gegen sie bedroht gefühlt hat. Nach Gesprächen mit der Frau, die die Drohung ausgesprochen hat, ist dieser bewußt geworden, daß sie damit Grenzen überschritten hat und sie ist bereit, sich öffentlich zu entschuldigen. In den jetzt geführten Diskussionen kam heraus, daß ein Großteil Bewohnerinnen und MitarbeiterInnen es bedauern, daß sie es nicht geschafft haben, der Frau aus dem 4. Stock die nötige, praktische Sicherheit zu

Diskussion zu führen und auf diesen Vorschlag geben. Auch dies ist kein Thema für die Manner der gewählte Zeitpunkt war und wichtig, will am Uz... Gruppe aus dem 4. Stock.

> Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir die notwendige Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Umgehensweisen und Positionen zu Gewalt und Sexismus führen. Von Frauen kam die Forderung, daß die Männer sich miteinander darüber auseinandersetzen müssen. Wir wünschen uns durchaus Unterstützung von außen. Diese sollte aber so aussehen, daß Gruppen oder Einzelpersonen ihre Positionen und Erfahrungen im Umgang mit Gewalt und Sexismus deutlich machen und damit verantwortungsvoll und konstruktiv in unsere Diskussion eingreifen.

26.03.1998

Frank, Helge, Glöckchen, Marion, Daniel, Gecko, Jonas, Wolfgang, Steffen, Korbella, Georgij, Charles, Jenny, Nicole, Rudi, Rainer, Johanna, Kuffty, Walter, Otto, Ron, Birgit, Alex, Jörg, Drea, Bettina, Carlos, B.B., Stine, Harry, Ele, Huhn, Ras Perez, Kendrick, Baldur, Jogi, Danny, Ulli, Oli B., Stefan

Veranstaltungsgruppe Nachtrag von der zum 25- jährigen

Wir hatten nach Beendigung des Rausschmißplenums überlegt, ob die Veranstaltunsgwoche aufgrund des Umgehens mit der offen gemachten Vergewaltigung abgesagt werden müßte. Wir haben uns in dieser Situation dafür entschieden, die Woche trotzdern durchzuführen. Ein Absagen der Veranstaltungen erschien uns unmöglich und wir hätten dies als Niederlage empfunden.

Es gab eine halbjährige Vorbereitungsphase, es war plakatiert und angekündigt, Presse informiert und die Mitwirkenden für die Veranstaltungen eingeladen. Der

Thomas Weißbecker erschossen und am 03.03 1973 das Haus durchgesetzt wurde. Nach den in den letzten zwei Jahren durchgeführten Medienkampagnen zur staatlichen Geschichtsaufarbeitung, war es uns wichtig, zu diesem Datum unsere Sicht der Geschichte zu vermitteln.

Wir hatten das Gefühl, "wir haben uns das vorgenommen und können nicht mehr zurück." Wir haben keinen Raum für uns gesehen, uns offensiv dagegen zu entscheiden. Wir haben die Woche mit einem unguten Gefühl durchgeführt und den Umgang mit der Vergewaltigung weitgehend verdrängt. Es hätte uns in dieser Situation zerrissen.

Im Nachhinein sind wir in der Diskussion darüber, ob es statt dessen nicht offensiver gewesen wäre, den Umgang mit der Vergewaltigung zuerst zu klären und die Woche zu verschieben. Uns ist es wichtig für die Zukunft zu klären, welche Möglichkeiten es für eine solche Situation geben könnte. Dieses können und wollen wir nicht alleine tun.

Für die Bürogruppe ist es wichtig, daß im TWH weiterhin unterschiedliche Menschen (Lehrlinge, SchülerInnen, Migrantinnen, Punks, Soz-empfängerinnen usw.) einen Raum finden und das Haus vorrangig ein TreberInnenhaus bleibt.

Wir führen bereits seit Längerem die Diskussion mit allen HausbewohnerInnen, daß jede/r in diesem aktuellen und anderen Konflikten eine eigene Verantwortung hat. Wir als Bürogruppe sind nicht bereit, den Bewohnerlnnen diese Verantwortung abzunehmen. Es ist uns klar, daß dies ein längerer Prozeß ist und erwarten in dieser eskalierten Situation die Auseinandersetzung mit allen Formen von Gewalt, Alkohl- und Drogenmißbrauch. Wir als Frauen fordern die Männer des Hauses auf, sich mit sexistischer Gewalt auseinanderzusetzen. Dies sind unsere Forderungen an alle Hausbewohnerinnen und Grundlage dafür, daß wir unsere Arbeit fortsetzen können.

Drinnen ist wie draußen (nur anders?)

- Umgang mit einer Vergewaltigung / einem Vergewaltiger im TWH

Feministische, antipatnarchale Positionen haben in den letzten Jahren weiter an Durchsetzungskraft verloren. Dies gilt sowohl für gesamtgesellschaftliche Strukturen, wie auch für die jeweils konkreten Lebensbereiche von Menschen. Da Macht und (patriarchale) Herrschaft soziale Verhältnisse darstellen, die nicht vor vermeintlichen Freiräumen halt machen, sind auch um der Emanzipation willen erkämpfte Häuser wie das TWH von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Dort zeigt sich der patriarchale Roll-back augenblicklich zugespitzt im Verhalten zu einer Vergewaltigung Wir sprechen deswegen von "zugespitzt", da der konkrete Umgang mit der vorgefallenen Vergewaltigung nur der Hohepunkt eines von Sexismus und Mackertum gepragten Alltags im TWH ist

Wir haben uns zu dieser Stellungnahme entschlossen, weil wir ein Leben in den momentanen TWH-Verhältnissen nicht langer ertragen können und wollen. Schon jetzt sehen wir uns, die wir das Geschehene nicht Ictschweigen sondern kritisieren, massiven Bedrohungen von anderen TWH-Bewohnerfinnen ausgesetzt

Wir sind uns der Gefahren bewußt, die in jedem Sich-Verhalten zu einer Vergewaltigung bestehen, nämlich daß mit dem Opfer Politik gemacht wird. Das versuchen wir unter allen Umständen zu vermeiden obwohl wir wissen, daß wir dem nicht gänzlich entkommen können. Deswegen geht es uns nicht so sehr um die Vergewaltigung selbst, sondern vielmehr um den sexistisch-taterschützenden Umgang damit.

Nachdem eine Frau im TWH offen gemacht hatte, daß sie von einem TWH-Bewohner vergewaltigt wurde berief eine TWH- Bewohnerin für den Freitag vor der 25-Jahr-Jubilaumswoche ein Sonder-Hausplenum ein. Auf diesem waren sowohl die von der Vergewaltigung unmittelbar betroffene Frau als auch der Täter anwesend. Es herrschte ein unglaublich gewalttaliges Klima:

Der Typ schrie die Frau an und beschimpfte sie als Lügnerin. Seine Freundin (eine TWH-Bewchnerin) unterstützte ihn und meinte, die Frau mache erst die Beine breit und komme sich dann anschließend beschweren. Erst nach ziemlich langer Zeit wurde der Typ des Plenums verwiesen. Wir kreiden es uns jedoch in aller Entschiedenheit an, in dieser Situation zu sein und nicht sofort interveniert zu haben. Durch und weigern sich Rahmen sah die Frau sich genötigt, sehr detailreich den Vorgang der Vergewaltigung idern. Selbst damit war für einen beträchtlichen Teil der TWH-BewohnerInnen nicht nenden Frau die Definitionsmacht nicht zu, sondern wollen die Vergewaltigung selbst nachdaß eine Vergewaltigung stattgefunden hat. Diese gestehen also ganz klar der benengen fielen wie: man müsse die Beiden doch besser kennen um das beurteilen zu können; könne doch Jede kommen und Einem einfach eine Vergewaltigung unterschieben; wer Einem einfach eine Vergewaltigung unterschieben; wer TWH-Bewohnerlanen gehen sogar noch weiter und webrechen, da sie ja schließlich nicht dabei gewesen seien. ge, daß der Typ ein Vergewaltiger sei bekomme Prügel. zu schildern. Selbst damit war für einen nums verwiesen. Wir kreiden es uns geschockt und ohnmächtig gewesen Vergewaltigung zu sprechen, Viele können. vollziehen diesen klar,

Solche Verhaltensweisen können wir nicht anders als fäterschützend nennen

Während des Plenums gab es mehrfach Momente, in denen die Situation dahingehend zu kippen drohte, daß das Verhalten des Vergewaltigers für ihn keine Konsequenzen haben würde. Daß dann schließlich der Rausschmiß beschlossen wurde, lag nicht so sehr an der Vergewaltigung, als vielmehr an der Prügelbeziehung mit seiner Freundin, die die meisten TWH-Bewohnerlnnen einfach nur anner (Ein vorhenges Hausplenum, auf dem diese Beziehungsgewalt thematisiert wurde, hatte zu keinerlei Konsequenzen geführt.)

Und selbst diesen Beschluß tragen - wie sich im nach hinern herausgestellt hat - einige TWH-Bewohnerlnnen nicht mit. Als es endlich darum ging, wann der Typ auszuziehen habe, gab es die nächste Kampfsituation. Einige Bewohnerlnnen wollten ihm noch einen Monat Zeit geben, da er sich ja schließlich eine neue Wohnung suchen können müsse. Als wachsweicher Kompromiß konnte dann noch durchgesetzt werden, daß er innerhalb von 10 Tagen (!) auszuziehen habe. Auch war das erteilte Hausverbot von einem halben Jahr hart umkämpft. Daß es für uns eine extreme Belastung darstellt, mit diesem Typ noch 10 Tage unter einem Dach zu wohnen, war den meisten Bewohnerlnnen völlig egal. Wie mit ihm zu verfahren sei, wenn er auf Veranstaltungen der 25-Jahrfeiern auftaucht, wurde auf dem Plenum nicht diskutiert.

Wahrend der Woche verhielt der Typ sich ruhig, erschien dann allerdings auf der Abschlußfete am Samstag. Dort wurde er von dne beiden TW/H-Sozialarbeiterinnen und einer Frau
von unserer Etage rausgeschmissen. Eine andere Mitbewohnerin stand daneben und
meinte ganz im Ernst, daß man das doch nicht machen konne, daß der Arme dann doch
den Abend bei sich im Zimmer afleine verbringen musse. Diese Mischung aus Verständnis,
Zuneigung und Nicht-Positionierung gegenüber dem Vergewaltiger konnen wir nur noch als
Täterschutz bezeichnen. Wir finden das ekelhaft.

en Tag nach der Abschlußfete wurde der Vergewaltiger von einem Mann, der im Veran-

staltungssaal arbeitet, vor die Türe gesetzt. Donnerstag darauf gab es ein TWH-Frauenplenum, auf welchem Bewohnerinnen, die eindeutig antipatriarchal agieren, von anderen angeschrieen und angepobelt wurden, so daß eine Diskussion völlig unmodlich war

eine Diskussion völlig unmöglich war Wir haben nun einige Vorfalle im Umgang mit der Vergewaltigung relativ ausführlich geschildert, um unsere Position zu veranschaufichen. Es ließen sich noch eine Vielzahl ähnlicher Vorkommnisse auflisten, was dem Text allerdings Endlöslange verleihen würde. Es geht uns nicht darum, wie das in einem Blatt im Ordner der letzten Interim gefordert wurde, das TWH zu beseitigen. Auch halten wir einen Boykott von Linie 1, Veranstaltungssaal und Kiezküche für völlig falsch. Es muß differenziert werden zwischen dem Täterschutz vieler TWH-Bewohnerlnnen und der klaren Positionierung einer Reihe von Menschen, die im TWH arbeiten, dort aber nicht wohnen.

TWH arbeiten, dort aber nicht wohnen. Im TWH-Büro, denken wir allerdings, daß sich an Unterschied zu den SozialarbeiterInnen im TWH-Büro, denken wir allerdings, daß sich an den patnarchal-sexistischen Verhältnissen im TWH nur etwas ändern wird, wenn massiver Druck von Außen erfolgt. Die sozialtherapeutische Behandlung der TWH-BewohnerInnen hat bisher äußerst wenig bewirkt. Deshalb fordern wir alle in Berlin um Emanzipation ringende Gruppen und Hausprojekte auf, sich ihren Moglichkeiten entsprechend "einzumischen" Nur dadurch wird zukünftig im TWH ein Leben möglich sein, das schon im Hier-und-Jetzt (patnarchale) Herrschaft ansatzweise überwindet

Konkret fordern wir die Durchsetzung einer Frauenetage im TWH, um das quantitativ außerst ungleiche Geschlechterverhältnis (9 Frauen, 30 Typen) zu verandern und um feministische, antipatnarchale Positionen im TWH zu starken

Der Machismo ist der Feind einer jeden Revolution!

Kein Taterschutz!

Kein Taterschützerinnenschutz!

Den Mackern auf die Pelle rücken

Besetzt das TWH von neuem!

Freitag 3.4.:

19.00 viertes Treffen von un-glücklichen, dogmatischen, verbiesterten, lustfeind-lichen, Identitätsfemistinnen, entsexualisierten 70er Jahre Polit-Lesben, antisexistischen PC-TerroristInnen, Männerhasser-Innen und andere Wesen Ort: Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10997 Berlin- Kreuzberg

19.30 "Zur aktuellen Situation in Irland" eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der Irlandgruppe im Infoladen Omega in Zusammenarbeit mit dem Irlandarchiv im Papiertiger. Ort: Infoladen Omega, Sparrstr. 21, Berlin-Wedding 20.00 Erich Mühsam - eine satirische Revue Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin-Kreuzberg 20.30 Film: Unter Fremden (A company of strangers) FrauenLesbenVideoKino "Out In Friedrichshain" Kinzigstr. 9 HH, 10427 Berlin-Friedrichshain

Samstag 4.4.:

11.00 Keinen Fußbreit den Faschisten Antifa Demo, Landratsamt, Bad Hersfeld

20.00 Erich Mühsam - eine satirische Revue Ort: Bl Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin-Kreuzberg

21.00 Provinzparty Tanzen für Magdeburg: Infos zur Situation in Sachsen-Anhalt/ Magdeburg - veganes/ vegetarisches Essen ab 23.00 Milch und Blut (agitfolk) außerdem: Tombola, Cocktails, Quiz Ort: Ex, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin

Sonntag 5.4.:

15.00 Lesbisch-SchwulerTag mit organisiertem Tuntentrash zum Thema: "Der 1. Mai, der Kampftag der Arbeitertunten und autonomen Freizeitrevoluzzer" Kaffee und Tortenbuffet
16.00 öffentliche Vorbereitung des Schwulenblocks am 1.Mai in Leipzig.
17.00 Großartige Tuntenshow
18.00-21.00 köstliche Speisen für`n Fünfer (vegetarische Küche) Lounge open end Ort: Ex, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin

Montag 6.4.:

12.00 Kanther abschieben in s Weltall Demo gegen den Besuch des Innenmisters

Rathausplatz Dessau

Dienstag 7.4.:

19.00 Infoveranstaltung des Barnimer Aktionsbündnisses "Warum bekämpfen wir die Gentechnologie? - Feldbesetzung in Schönfeld bei Bernau" 19.30 Die Lumpenlüge von HUMANA (im Rahmen der Veranstaltungsreihe TODschicke Kleidung) Ort: BAOBAB, Christburgerstr. 3, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg

20.00 Infoveranstaltung zum Mackenrode Prozeß Cafe Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, 10427 Berlin-Friedrichashain

21.00 Büchertisch, Infos und Dias zu Chiapas (Mexikogruppe) Ort: Ex, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin-Kreuzberg

Mittwoch 8.4.:

20.00 Vorbereitungstreffen der Innenstadtaktion 98 gegen Privatisierung Sicherheitswahn und Ausgrenzung (in der ersten Juniwoche) Infos: Di 14-19, Mi 16-20 T. 2859757 Ort: Laden Schröderstr.9 Ecke Bergstr. Berlin-Mitte

20.00 Dokumentarfilm "Die wahre Apokalypse - Das Vietnam Inferno" Ort: Umwelt-Bibliothek, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin-Prenzl.Berg

21.00 Konzert: Anarchist Academy Ort: Haus Kreuzer, Dessau

Freitag 10.4.:

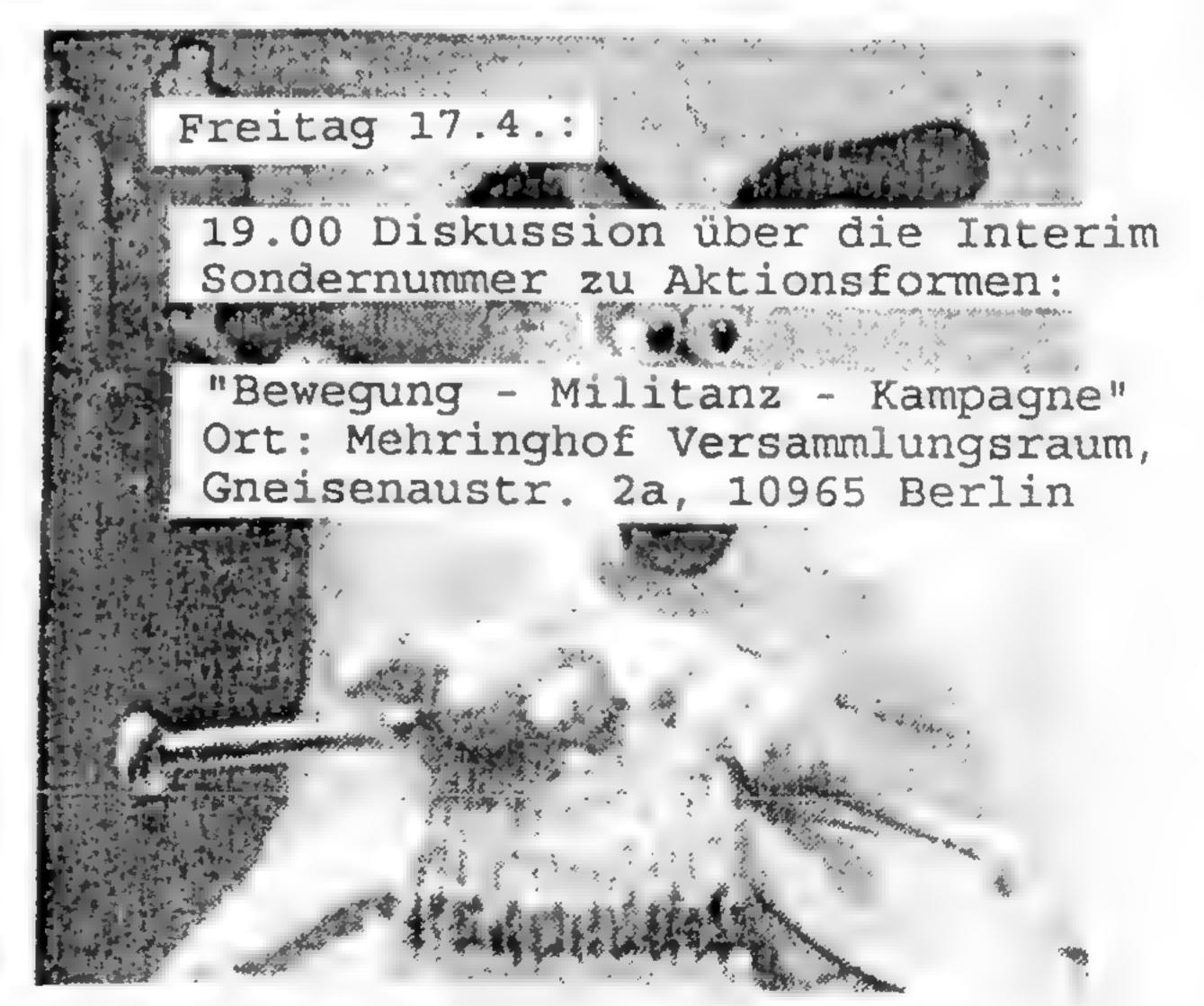
19.00 viertes Treffen von un-glücklichen, dogmatischen, verbiesterten, lustfeind-lichen, Identitätsfemistinnen, entsexualisierten 70er Jahre Polit-Lesben, antisexistischen PC-TerroristInnen, Männerhasser-Innen und anderen Wesen. Ort: Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10997 Berlin-Kreuzberg.

Samstag 11.4.:

15.30-20.00 Kaffee und Kuchen, 17.00 Film: "Die kleine Diebin" Ort: Cafe Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, 10247 Berlin-Friedrichshain

Osterwochende: 11./ 12.4:

Städetreffen zur Vorbereitung der Bundesweiten Demo am 3. Mai. Ort: Thüringen (vermutlich Suhl)



Gegen neoliberale und rassistische Innenpolitik! Für den Kurzschluss im Herzen der Bestie!

Innenpolitik dient der Sicherung von HERR-schenden und Kapitalinterressen nach Innen. Hierzu nutzen die HERRschenden unterschiedliche Mitte!

Auf der einen Seite wird versucht, einen möglichst großen Teil der Bevolkerung zu integrieren oder zumindest ruhigzustellen. Dies geschieht in Form softer Repression, z.B. auf Sozial- und anderen Amtern, im Betrieb oder in der Schule, durch (akzeptierende) gendarbeit oder das Dauerbombardement mit Schwachsinn durch die staatstragenden Medien. Bei Verweigerung von Zwangsarbeit werden Sozialhilfeempfangerinnen die Bezüge unter Existenzminimum gekürzt.

Andererseits werden Menschen, die sich in die HERRschenden Verhältnisse nicht integrieren können oder wollen, mit harter Repression konfrontiert. Die Palette der Maßnahmen reicht von der Ausweispflicht über willkürliche Platzverweise bis hin zu Bullenknüppel, Knast und Abschiebung.

Doch das reicht den HERRschenden noch lange nicht aus. Daher inszenieren sie in den bürgerlichen Medien die Debatte um die ach so gefährdete "Innere Sicherheit", um den Weg in Richtung einer total kontrollierten Gesellschaft zu ebnen.

Auf diese Weise werden Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen zu "Sozialschmarotzern",

Flüchtlinge zu
"Kriminellen Ausländern", Kurdinnen zu
"Terroristen" und Linke
zu "Chaoten und Steineschmeißem" gemacht.
Diese konstruierten
Feindbilder sollen von
den wirklichen Ursachen
sozialer Probleme ablenken und verhindern,

die ProfiteurInnen zur Rechenschaft gezogen werden. Während Unternehmensgedie winne in den letzten 10 Jahren um 116% stiegen, leben immer mehr Menschen in Armut und werden vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Die berechtigten Existenzängste von Menschen, die noch nicht durch das "soziale Netz" gefallen sind, werden mittels der o.g. Feindbilder in eine den HERRschenden genehme Richtung kanalinach UNTEN. siert: Hierbei wird der vorhandene Rassismus weiter Teile der deutschen Bevölkerung ausgiebig ge nutzt und weiter geschürt.

Außerdem werden irrationale Ängste um die persönliche Sicherheit mittels völlig fragwürdi-Kriminalstatistiken herbeigeredet. Wer sich vor lauter Angst nicht mehr auf die Straße traut, wird Befugniserweiterungen der Sicherheitsapparate, wie dem "Großen Lauschangriff", begeistert zustimmen. Auch die Verschärfung von Polizeigesetzen sowie die Aufrüstung und Spezialisierung der harten Repressionsorgane lassen sich in einem so geschaffenen gesellschaftlichen Klima problemlos durchsetzen. Dabei übersehen viele Menschen, daß sie selbst schon morgen Opfer dieser Apparate werden können! Dies alles ist Teil des

HERRschenden Konzepts der präventiven Aufstandsbekämpfung.
Denn den Kanthers und Schönbohms sowie den Kräften, die hinter ihnen stehen, ist bewußt, daß die neoliberale Wirtschaftsweise zwangsläufig zu einer Verschärfung sozialer Gegensätze führt. Gegen den daraus zu erwarterfden Widerstand wird

vorbeugend eine - heute völlig überproportioniert wirkende - Maschinerie von Sicherheitsorganen aufgebaut.

Dieser Apparat wird heute schon gegen (neue) soziale Bewegungen eingesetzt, wie z.B. die Anti- AKW- oder die Antifa- Bewegung (siehe Kasten).

Noch krasser greift die harte Repression gegen politisch aktive Migrantinnengruppen wie z.B. die Kurdlnnen. Ihre Organisationen und Vereine wurden von Bundesinnenminister KANTHER mit einer Verbotswelle überzogen, Großdemonstrationen mit massiven Bullenaufgehoten bruta! verhindert in deutschen Knästen sitzen ca 400 politische Gefangene aus dem kurdischen Befreiungskampf. Darübei hinaus wird es fast allen Migrantinnen Flüchtlingen fast unmög lich gemacht sich hier politisch zu betätigen. Ihnen werden selbst bürgerliche Rechte wie z.B. das Wahlrecht verweigert. Sollten diese Menschen das Demonstrationsrecht wahrnehmen, begeben sie sich in die Gefahr in die Folterkeller diktatorischer Regimes abgeschoben zu werden Hierfür reicht eine Anklage!nicht Verurteilung!wegen angeblichen

"Landfriedensbruchs"
(und sowas hat mensch
ja bekanntlich schnell
am Hals).

Dieser staatliche sismus setzt sich fort in der Sicherung der deutschen Grenzen. An der Ostgrenze kamen seit 1990 mehr Menschen ums Leben als in 40 Jahren an der innerdeutschen Grenze. Die dort eingesetzten mit modernster high-tech ausgestatteten 7000 BGS-Bullen werden derzeit auf 8500 verstärkt. Rassistische Bürgerinnen der grenznahen Orte

unterstützen die Schergen bei ihrer Arbeit. Falls es einem Flüchtling

trotzdem gelingen sollte, über sichere Drittstaa-Herz ten" ins "Festung Europa* gelangen, hat er/ sie mit permanenten Schikanen zu kämpfen. Dazu gehören Arbeitsverbote, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit oder Sachleistungen auch statt Bargeld: Die neue-Speerspitze des staatlichen Rassismus ist die Neufassung des "Asylbewerberleistungsg esetzes". Danach ist es in diesem Land legal, Flüchtlinge mit schlechtem Aufenthaltsstatus schrichtweg auszuhungern und ihnen jede arztliche Hilfe zu verweigern! Demgegenüber ist es illegal, sich weltweiten Unterdrückungsverhältnissen, von dener goroda Deutschland kraftig profitiert, durch Flucht ein Stückweit zu entziehen.

ABER: KEIN MENSCH IST ILLEGAL!!!

Auch die Debatte um die angeblich "kriminellen Ausländer" sieht mensch in einem neuen Licht, wenn sie/ er sich vorstellt ohne Sozialhilfe oder Arbeitserlaubnis zu überleben. Sogenannte "kriminelle Ausländer" begehen nämlich meistens "Straftaten" die von Menschen mit deutschem Paß überhaupt nicht verübt werden können, wie z.B. beim Aufenthalts- oder Arbeitsrecht. Und selbst der Kleinhandel mit Drogen oder sogenannte "Ladendieb-stähle" dienen illegalisierten Migrantlnnen zum Überleben!

Die durch die rassistische Gesetzgebung hervorgerufenen Kriminalstatistiken werden von rassistischen, bürgerlichen PolitikerInnen und







offen bekennenden Faschist(Inn)en für Propagandazwecke genutzt. Darüber hinaus spielen die Neonazis eine wichtige Vorreiterrolle bei der Durchsetzung eines rassistischen und nationalistischen gesellschaftlichen Klimas. Das beschert ihren Aufmärschen massiven polizeilichen Schutz, es sei denn sie schaden dem Image Deutschlands im Konservative Ausland. und auch sozialdemokratische Kreise greifen verstärkt Inhalte auf, die früher ausschließlich von bekennenden offen (Neo)Nazis vertreten wurden.

Dabei wird Patriarchat als HERRschaftsverhaltnis stigt. In Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit ist es sehr bequem zuerst die Frauen anhand alter Rollenbilder in die Arbeitslosigkeit und zurück an Herd zu drängen. allen bisher genannten HERRschaftsverhältnissen sind Frauen grundsätzlich stärker betroffen als Männer, angefangen von niedrigeren Löhnen über die soziale schlechtere Stellung der Frauen, sexistische Repressionsapparate, die standigen Forderungen nach der Verschärfung des §218, bis hin zur Nichtanerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe. Illegalisierte Migrantinnen sind zudem von der alle Herrschaftsverhältnisse absichernden Innenpolitik am stärksten betrof-Unter Anderem fen. werden sie durch die Illegalisierung speziell in den Innenstädten in die Scheißjobs letzten

(Hotel, Gaststätten, Gebäudereinigung) mit 1,50 DM Stundenlohn gedrängt. Sie putzen die Konsumpaläste der Bonzen, während sie vor deren Toren von Wachschmutz und Bullen schikaniert, vertrieben, oder verhaftet werden. Denn die Citybereiche sollen frei sein von Migrantinnen, Drogenuserinnen, Obdachlosen, Punx und allen Anderen, die nicht ins Bild

Weil wir nicht weiter zusehen wollen. Alfen wir zu einer bundesweiten Demo Weil wir nicht spot diffen Mai weiter zusenen wurden der Ausenen wurden der Ausenen wurden der Ausenen der Ausen Spot auf der Ausen Stück besser an der und sozial Spid 2entrale

Benachteligten 21 zeigen

Mird als Kanther 21 zeigen

Mewohnte Kieze, worte durch vormmente an angig vor Migranthnen und sortal

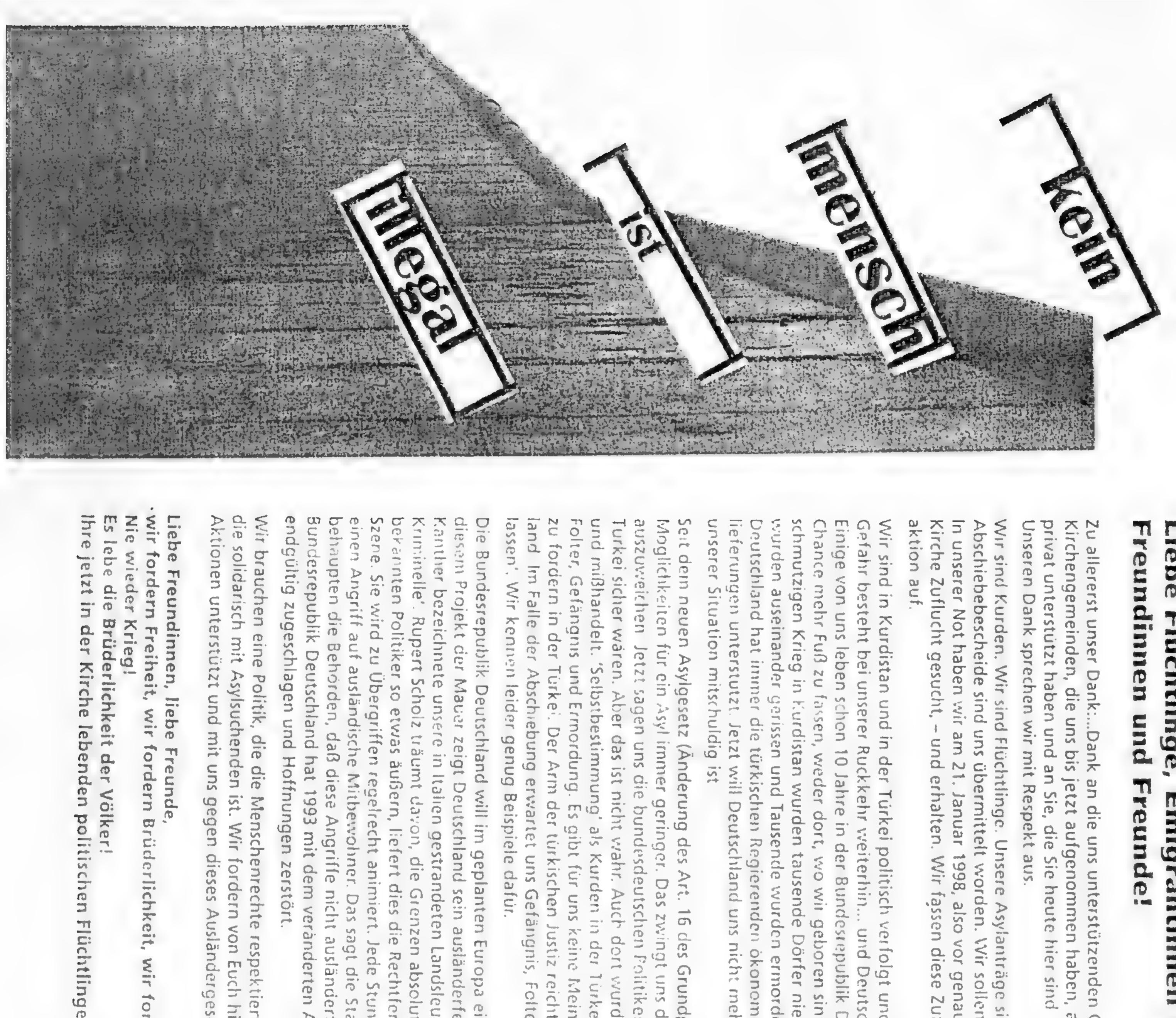
Tan Koneinnoalasten in der City Wie

Wost "sauberer, deutscher" Innenstädte passen. Hier Renachteiligten bewohnte Kleze volue den Konsumpalästen in der City West sollen zahlungskräftige Kundlnnen nicht mehr Da Wird einen Frauent esben bloch seinen Bock haben mit Bullenmethoden der Demos konsumieren mit Bullenmethoden vollen wird am Ende der Demo vortugehen alle Weilgehen arty Block mit der Kehrseite ihres Reichtums konfrontiert Alk auf Demos konsumieren wollen wil van der anderen Leute weitgehend aus. Wir schon vorher klar. werden. Vormals öffent-Randen Das Schließt eine Geraffung wen ihr in Ketten laufen wollt. Kommt, und euch schon vorher klar. licher Raum wird daher zunehmend privatisiert, staatliche Hoheitsaufgaben werden zunehmend an kapitalistische Wachschmutz-unternehmen Offenes Vorbereitungstreffen für Berliner Gruppen die sich an der abgegeben. Eccen Verkantherte Innenpolitik am 3. Mai in Berlin beteiligen wollen !!! Für den Kurzschluß im Herzen der Bestie Regen neoliberale und rassistische Innenpolitik Sonntag 3. Mai 1300 1/hr Wills. Brande Haus (Bundeszentrale der Spo) Siresemannstr. Wilhelmstr. U. Blif Hallesches To. Sorbereitungstreffen für. Berliner Gruppen und 10. April 1998 Linkelper sonen

Kancher abschieben

Am 26.04.98 findet in Sachsen-Anhalt die Landtagswahl statt. Der Wahlkampf läuft bereits auf Hochtouren. Um für die CDU Stimmen zu gewinnen, wird am Montag, dem 06.04.98, Innenminister Manfred Kanther Dessau besuchen und ab 13.00 Uhr über sein Lieblingsthema: "Innere Sicherheit" sprechen. Aus liesem Grund rufen wir zu einer Demonstration auf, die sich gegen den Sicherheitswahn, die menschenfeindliche Asylpolitik, ils auch das vom Innenministers verhängte sog. "PKK Verbot" richtet

- die innere sicherheit erschüttern - DEMO Mo., 06. April '98 12.00 Uhr Rathausplatz Dessau



Freundinnen und Freunde! Flüchtlinge, Emigrant mnen und Emigranten

Kirchengemeinden, die uns bis jetzt aufgenommen privat unterstützt haben und an Sie, die Sie heute F Zu allererst unser Dank:...Dank an die uns unterstützenden Gruppen, vor allem an die Unseren Dank sprechen wir mit Respekt aus. Sie heute hier sind haben, an die Menschen, die uns

Abschiebebescheide sind uns übermittelt worden. Wir sollen dieses Land verlassen... In unserer Not haben wir am 21. Januar 1998, also vor genau 24 Tagen in der Antoniter Kirche Zuflucht gesucht, - und erhalten. Wir fassen diese Zuflucht aber auch als Protest-Wir sind Kurden, Wir sind Flüchtlinge. Unsere Asylanträge sind aktion auf. abgelehnt worden. Unser-

schmutzigen Krieg in Kurdistan wurden tausende Dörfer niedergebrannt. Familien wurden auseinander gerissen und Tausende wurden ermordet. Die Bundesrepublik Deutschland hat immer die türkischen Regierenden ökonomisch und mit Waffenlieferungen unterstutzt. Jetzt will Deutschland uns nicht mehr haben, obwohl es an unserer Situation mitschuldig ist Wir sind in Kurdiscon und met Weiterhin... und Deutschland will uns abschieben. Gefahr besteht bei unserer Ruckkehr weiterhin... und Deutschland will uns abschieben. Einige von uns leben schon 10 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben keine Einige von uns leben schon 10 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben keine Wir sind in Kurdistan und in der Türkei politisch verfolgt verfolgt und gefoltert worden. Diese und Deutschland will uns abschieben

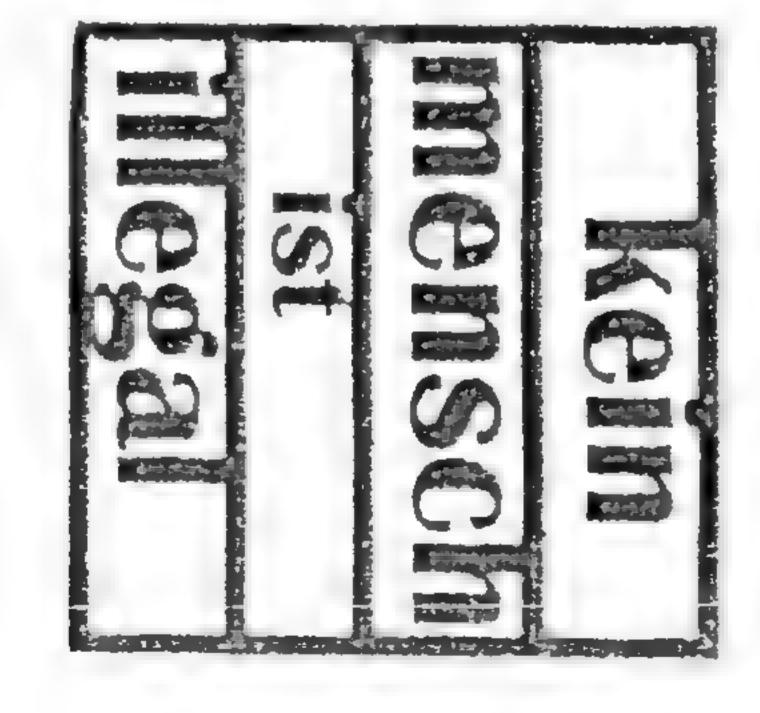
lassen". Wir kennen leider genug Beispiele dafür. und mißhandelt. 'Selbstbestimmung' als Kurden in Folter, Gefängnis und Ermordung. Es gibt für uns zu fordern in der Türkei. Der Arm der türkischen uns land Im Falle der Abschiebung erwartet uns Gefä Moglichkeiten für ein Asyl immer geringer. Das zwingt uns dazu, in die Illegalität auszuweichen Jetzt sagen uns die bundesdeutschen Politiker, daß wir im Westen der Turkei sicher wären. Aber das ist nicht wahr. Auch dort wurden und werden wir verfolgt Seit dem neuen Asylgesetz (Anderung des Art. 16 n der ingnis, Folter, Justiz reicht bis hierhin nach Deutschkeine Meinungsfreiheit um Demokratie des Grundgesetzes) wurden Türkei zu verlangen, heißt für uns vielleicht: 'Verschwinden-

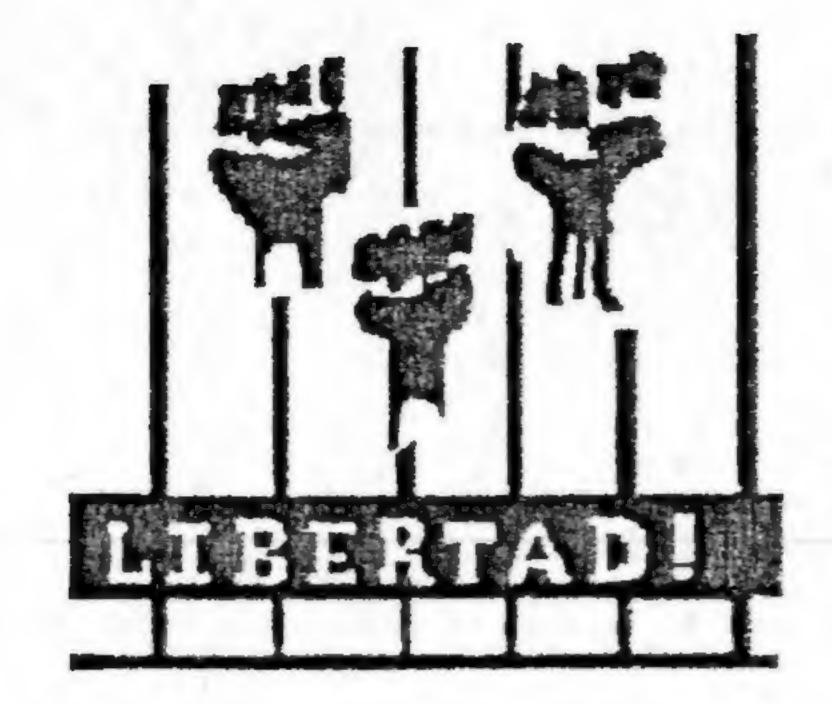
Kriminelle'. Rupert Scholz träumt davon, die Grenzen absolut zu schließen. Wenn solche bekannten Politiker so etwas äußern, liefert dies die Rechtfertigung für die rechtsradikale Szene. Sie wird zu Übergriffen regelrecht animiert. Jede Stunde gibt es in Deutschland einen Angriff auf ausländische Mitbewohner. Das sagt die Statistik. Und immer wieder behaupten die Behörden, daß diese Angriffe nicht ausländerfeindlich seien. Die endgültig zugeschlagen und Hoffnungen zerstört. Bundesrepublik Deutschland hat 1993 mit dem ve diesem Projekt der Mauer zeigt Deutschland sein Kanther Die Bundesrepublik Deutschland will im geplanten Europa eine Mauer bezeichnete unsere in Italien gestrandeten Landsleute als 'Gangster und ränderten Asylgesetz die Türen ausländerfeindliches Gesicht, Manfred errichten. <u>₹</u>

Wir brauchen eine Politik, die die Menschenrechte respektiert, die Aktionen unterstützt und mit uns gegen dieses Ausländergesetz kämpft solidarisch mit Asylsuchenden ist. Wir fordern von Euch hier, daß Ihr uns bei unseren international gultig ist,

wir fordern Freiheit, wir fordern Brüderlichkeit, Nie wieder Liebe Freundinnen, lebe die Brüderlichkeit der Völker! Krieg! liebe Freunde, wir fordern Gleichheit!

Köln, Februar/Marz 98





Kampagne für einen internationalen Kampftag "Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit"

Libertad! c/o "3.Welt"-Haus. Westerbachstraße 47, 60489 Frankfurt a.M.

e-mail: Libertad@LlNK-F rhein-main.de

Tel.: (069) 97 84 34 44 Fax: (069) 97 84 34 45

Internet: http://www.geocities.com/CapitolHill/Lobby/1981

Auf zur internationalen Konferenz "Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!"

Im Dezember '97 fand in Frankfurt eine Veranstaltung mit dem Titel "Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit" statt. Die Initiative Libertad! hatte eingeladen, und es kamen Delegierte und Angehorige von politischen Gefangenen aus dem Baskenland (Gestorus pro Amnistia), Italien (Coordinamento nazionale Mumia Abu-Jamal), Palästina (PFLP), Peru (die Mutter des bei der Botschaftsbesetzung getoteten Nestor Cerpa/MRTA), der Turkei (1HD) und der BRD (die Mutter von Christian Klar/Gefangener aus der RAF). Sie berichteten über die Situation und die Solidaritatsarbeit für die politischen Gefangenen in ihren jeweiligen Landern Mehr als 200 BesucherInnen kamen zur Veranstaltung. Obwohl die Beitrage wegen der Ubersetzung und der Vielzahl von Referentlinnen notwendigerweise den großten Teil der Veranstaltung einnahmen, blieb das Publikum mehr als funt Stunden konzentriert und interessiert

Nach der Veranstaltung diskutierten die Delegierten über den Vorschlag von Libertad', eine internationale Konferenz gemeinsam vorzubereiten Libertad! arbeitet seit einigen Jahren daran, mit einer solchen Konferenz eine internationale Vernetzung der Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen zu erreichen. Ein konkreter Ausdruck einer solchen gemeinsamen Arbeit soll ein "Internationaler Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit" sein.

Die Delegierten begrußten die Idee einer internationalen Konferenz und versprachen, in den Organisationen, die in ihren Ländern an diesem Thema Interesse haben, für eine praktische und organisatorische Mitarbeit an der Konferenz zu werben. Zur Konferenz werden Organisationen aus aller Welt eingeladen. Delegierte von Befreiungsbewegungen, Solidaritatsorganisationen und Basisgruppen. Einige haben ihre Teilnahme bereits angekündigt, so z.B. die Madres de Plaza del Mayo aus Argentinien und die MIN Tupamaros aus Uruguay

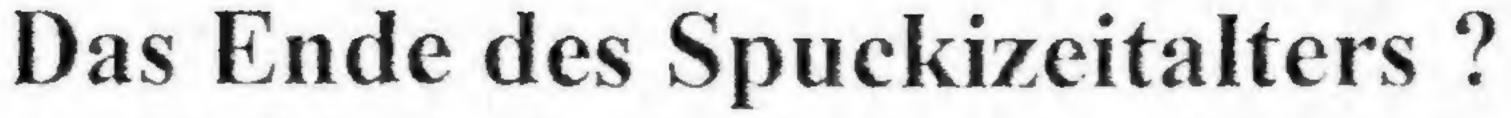
In der BRD gibt es bereits ein aus mehreren Gruppen bestehendes Organisationskomitee für die Vorbereitung der Konferenz Dieses hat folgende Konferenzthemen vorgeschlagen

- Politische und soziale Situation in den Ländern und die Lage der fortschrittlichen und revolutionaren Bewegungen
- Situation, Ziele und Kämpfe der politischen Gefangenen und der Solidaritätsarbeit
- Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit und die Umsetzung der Idee eines internationalen Kampftages für die politischen Gefangenen/
- Erfährungsaustausch über Repression und die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehorden
- Was sind die Grenzen der Kampfe im nationalen Rahmen? Wie kann eine internationale Organisierung diese Grenzen im eigenen Land verandern?
- Was bedeutet es für die Linke, daß in den Knästen politische Gefangene aus Bewegungen sitzen, deren Organisationen es nicht mehr gibt oder deren Kämpfe nicht mehr prasent sind?
- Amnestie für politische Gefangene einerseits und Straffreiheit für Folterer anderseits, wie z.B. in Südafrika oder den (Ex-)Diktaturen in Lateinamerika

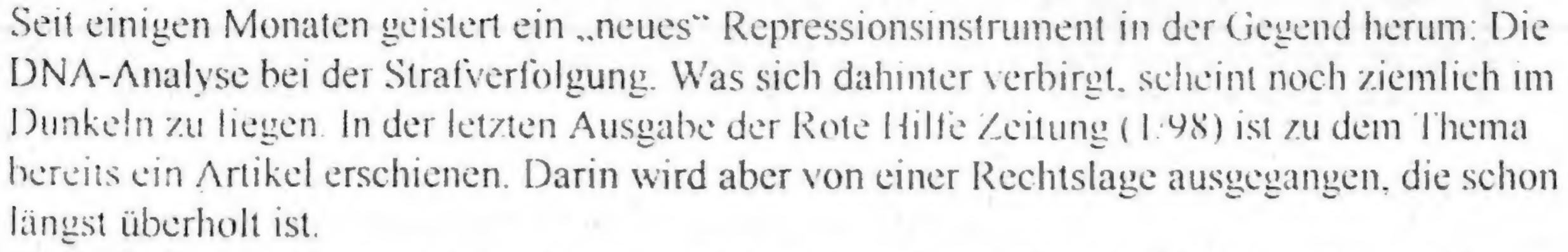
Diese Themenvorschläge werden zusammen mit den Vorschlägen aus den anderen beteiligten Landern auf einem Treffen in Italien im März '98 diskutiert. Dort soll auch entschieden werden, wann und wo die geplante Konferenz stattfinden wird.

Bei Libertad! kann eine Dokumentation der Veranstaltung vom 20.12.97 bestellt werden. Darüber hinaus bietet Libertad! allen interessierten Gruppen und Organisationen an, auf Treffen oder Veranstaltungen über den Hintergrund und den aktuellen Stand der Konferenzvorbereitung zu informieren. Mitarbeit ist nicht nur möglich, sondern erwünscht. Beteiligt Euch an der Konferenz und an der Vorbereitung. Je mehr sich daran beteiligen, desto größer ist die Chance, eine weltweite politischen Vernetzung mit dem Ziel "Freiheit für alle politischen Gefangenen" zu erreichen

Viele Gruße von Libertad!



- Die DNA-Analyse im Ermittlungsverfahren -



Deshalb finden wir es wichtig, die gesetzlichen Grundlagen für die DNA-Analyse zu klären und einen Überblick zu geben, unter welchen Voraussetzungen sie angewandt werden darf. Wir beziehen uns dabei ausdrücklich auf die reaktionäre Standardliteratur, weil diese auch von Polizei und Justiz herangezogen wird. Wir wollen mit diesem Artikel keine weiteren Verschwörungstheorien entwickeln, sondern zuerst aufzeigen, welche Befugnisse die Staatsgewalt zur Zeit hat und an welchen Stellen die Überschreitung dieser Befugnisse vorprogrammiert ist. Darüber hinaus sollte deutlich werden, welche längerfristige Zielrichtung der Gesetzesänderung zugrunde liegt. Wir werden außerdem erklären, wie sich konkret Betroffene versuchen können, mit juristischen Mitteln zu wehren.

Gesetzliche Grundlage

Gesetzlich geregelt ist die DNA-Analyse bereits seit März 1997 in den §§ 81e und 81f der Strafprozeßordnung (StPO). Angewandt wurde sie allerdings auch schon davor. Das war nicht etwa rechtswidrig! Die obersten Gerichte und die meinungsführenden Juristlnnen waren sich mal wieder einig, daß sich sowas auch aus irgendwelchen anderen §§ ableiten läßt. Angesichts der "in weiten Teilen der Bevölkerung anzutreffenden, mit der Gentechnik ganz allgemein verbundenen Ängste und Befürchtungen…" (so die Begründung zum Gesetzentwurf) sah sich der Staat irgendwann aber doch gezwungen, diese Praxis gesetzlich festzuschreiben.

Das heißt nun nicht, daß sich praktisch gar nichts geändert hätte. Neu ist, daß Polizei und Justiz ein neues "Spielzeug" entdeckt haben, das sie jetzt ausprobieren. Aktuelles Beispiel dafür ist die zwangsweise Speichelentnahme im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen eine Frau, der vorgeworfen wird, eine Göttinger Schaufensterscheibe, hinter der Fotos von Wehrmachtssoldaten ausgestellt waren, in Scherben verwandelt zu haben.

Welches Ausmaß das neue Repressionsinstrument annehmen wird, läßt sich noch nicht sagen Sieht man sich die relativ laschen Voraussetzungen an, unter denen die DNA-Analyse zulässig ist, wird es vielleicht bald keine Spuckis, sondern nur noch Schwammis geben.

(Speichel-)Entnahme und DNA-Analyse

Unterschieden werden muß erstmal zwischen der Entnahme von z.B. Speichel (§81a StPO) und der anschließenden DNA-Analyse (§§ 81e, 81f StPO).

Die Entrachme muß im Prinzip von Richter/Richterin angeordnet werden, in Eilfällen auch von Polizei oder Staatsanwaltschaft. Weil der Kampf gegen die "Innere Unsieherheit" natürlich immer Eile gebietet, wird die Anordnung in der Praxis fast immer von der Polizei kommen. Als "Anordnung" reicht das Mitnehmen zur Wache!

Die Entrahme muß nur dann von Arzt oder Ärztin vorgenommen werden, wenn dabei (auch nur ganz kleine) Verletzungen entstehen (z.B. Blutentnahme). Die Speichelentnahme kann jedoch von ganz normalen Bullen gemacht werden. Sie "soll" nur von Beamtlinnen gleichen Geschlechts durchgeführt werden. Ein Anspruch darauf besteht aber nicht

Zum aktiven Mitmachen ist der/die Betroffene nicht verpflichtet. Andererseits darf die Spucke aber zwangsweise entnommen werden. Vorsicht: Das preußisch-gehorsame Anspucken könnte als BeamtInnenbeleidigung mißverstanden werden!

Eine anschließende DNA-Analyse ist nicht in Ordnungswidrigkeitenverfahren, sondern nur in Strafverfahren zulässig, um die Abstammung festzustellen und um herauszubekommen, ob am Tatort gefundene Spuren (Haare, Kippen, Spuckis, Handschuhe) von dem/der Beschuldigten stammen. Angewendet werden darf das Verfahren nicht nur bei dem/der Beschuldigten, sondern u.a. auch bei "Dritten". Diese ominösen Dritten sind Personen, die als TaterIn (momentan noch) ausgeschlossen werden, von denen aber evt. Spuren am Tatort vorhanden sind. Zu vergleichen sind sie mit ZeugInnen. Deshalb haben sie eine Art "Spuckeverweigerungsrecht", nämlich wenn sie sich durch die Entnahme und DNA-Analyse selbst belasten würden oder wenn sie mit dem/der Beschuldigten verwandt oder verlobt sind (Eine Verlobung kann einfach so mündlich erfolgen, allerdings nicht zwischen zwei gleichgeschlechtlichen Menschen).

Richterliche Anordnung der DNA-Analyse

Anders als die Entnahme von Speichel etc. muß die DNA-Analyse immer von einer Richterin/einemRichter schriftlich angeordnet werden. Der/die Betroffene wird davon nur unterrichtet, wenn dadurch nicht der "Untersuchungszweck gefährdet" wird. Mit der Durchführung wird dann eine Sachverständige/ein Sachverständiger beauftragt. DieseR darf nicht der ermittelnden Behörde angehören. Damit soll angeblich die DNA-Analyse vom Strafverfahren getrennt werden. Ein sehr löchriger "Schutz", denn als vom Strafverfahren getrennt werden auch "organisatorisch selbständige Forschungsabteilungen des BKA oder LKA" angesehen.

Dem der Sachverständigen wird vom Richter/der Richterin das Material (z.B. das am l'atort gefundene Haar und die der Täterin entnommene Spucke) übergeben. Dabei dürfen die "persönlichen Daten" des der Betroffenen nicht genannt werden. Eine vollständige Anomymisierung muß es aber nicht geben! Der die Sachverständige prüft dann, ob beides genetisch übereinstimmt und teilt das Ergebnis der Polizei mit. Er/sie kann selbst entscheiden, welches Untersuchungsverfahren angewandt wird. Üblich ist momentan die technisch sehr sichere und nicht teure Methode der Polymerase-Kettenreaktion (PCR). Eine Verurteilung kann in der Regel jedoch nicht allein auf eine PCR-Analyse gestützt werden. Es mussen also noch andere Beweise her. Letztendlich ist es aber dem Gericht überlassen, wie stark es das Ergebnis der DNA-Analyse gewichtet. In der Praxis könnte sich die DNA-Analyse deshalb zur "Trumpskarte" der Staatsanwaltschaft mausern. Obwohl die DNA-Analyse einen besonders gravierenden Angriff auf die Persönlichkeit eines Menschen darstellt, ist sie nämlich nicht etwa nur bei "besonders schweren Straftaten" oder bei "dringendem Tatverdacht" zulässig, sondern in jedem Strafverfahren. Letztendlich wird die Anwendung der DNA-Analyse vom "Bedürfnis nach Strafverfolgung" abhängen. In welchen Bereichen dieses "Bedürfnis" besonders hoch ist, überlassen wir eurer Phantasie...

To be continued!

24 Stunden mehr als Leben!

Manege frei für die 1. Weltfestspiele def Haushesetzermmeni



Ahnungsios spæterte der Speekulant in der Befriebsausflug der Hausbesetzerinnen

Eigeninitiative!

Faschos verjagen!

Selbstversorgung!

Wer kackt den schönsten braunen Haufen in die Innenstadt?

Große gemeinsame Abschlußaktion!

Mit Weltrekordversuch für das Guiness-Buch der Rekorde: Die meisten Hausbesetzungen in 24 Stunden!

Kommu emtach ale'

"Leipzig im Jahr 2004: Das letzte Stückchen Innenstadt ist an Mitsubishi verkauft worden, um dem neuen 80 Kilometer hohen Parkhaus zu weichen, daß anstelle dessen hier gehaut wird. Es bietet genügend Parkplätze für das neue 15 km lange Einkaufzentum, welches sich zwischen den Hauptbahnhof-Promenaden und dem Verkehrskreuz Schkeuditz erstreckt. Misubishi will die Innenstadt Leipzigs in Japan originalgetreu wieder aufbauen, um -wie es heißt- einen einzigartigen Themenpark "Authau Ost" zu errichten...."

Stadts retteln Atril of Inculta: | Dances kerne besetzten Hauset mehr busigsmith his Treet wegen Schementel Arkelleren minter hettigens Unterdett kurt. Andeoubersall fond in the Imperial for to nothing the English interesti constant 1 %f . Her I am to

Irgendwann Ist Schluß. Und das bier + letzt

Vielleicht ist es Zucken der HausbesetzerInnen-· bewegung, aber es wird ein verdammt lautes!!!

Wir knacken die Leipziger Linie!

Leine Seubesetzungen und Kuumuni in 14 stunden Wir zeigen den Faschos vor dem 1. Mai daß wir verdammt viele sind! Nazis verprsst euch!

I that was right -

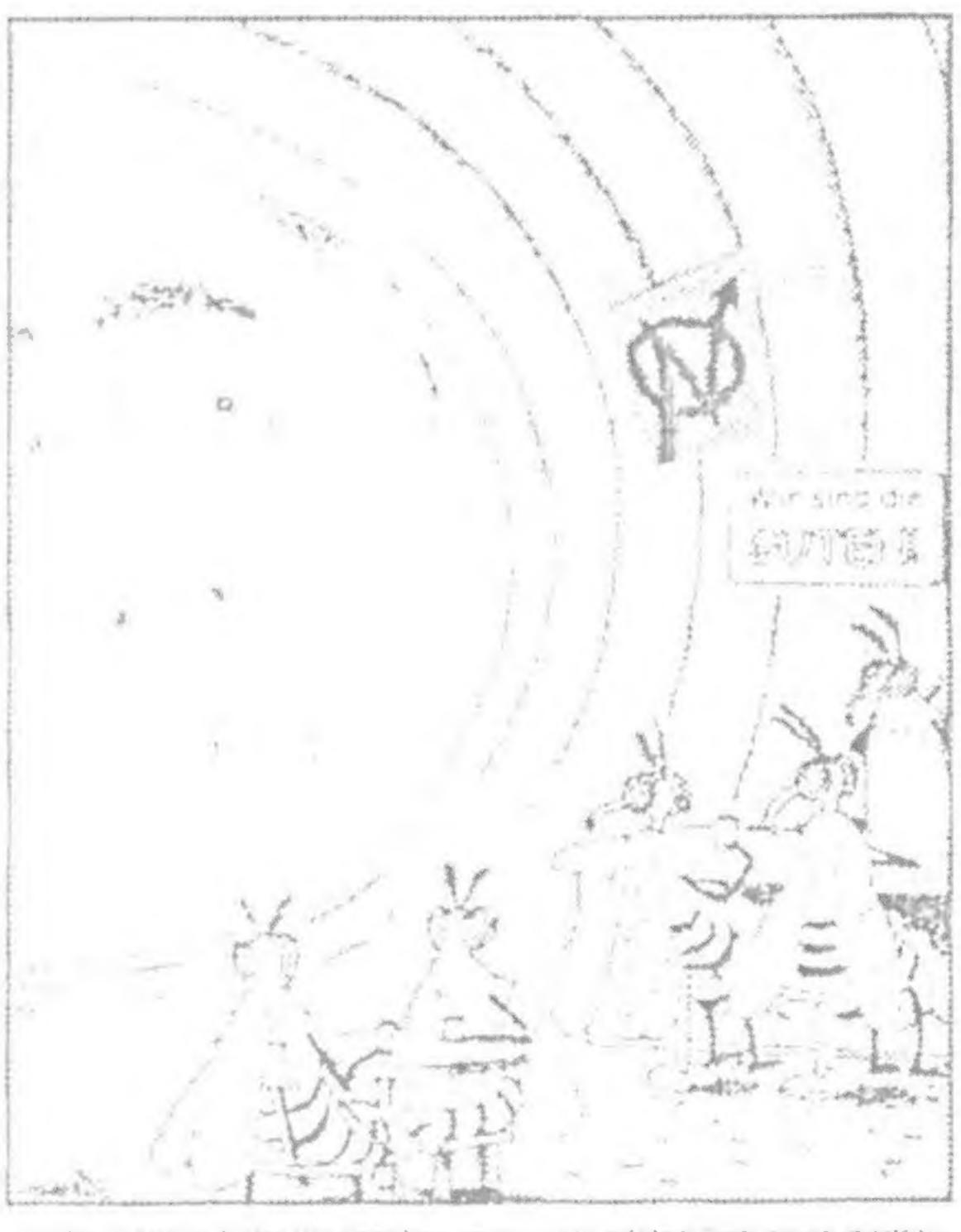
think ittimit and been all the states to the second sonst muchen die Buden viellen hit die Staff die hr. In brings enter Ferminals - was an enteres -

that the second of the same real and the proof of the range of the and flags at the death and the state of the second the fitting to see the same to the same part of the same and the There have no the killer translation for the the second state of the second All - P.S. Street Len Der den Franklich F. E. R. A. de world was an in that the field on the fire Challenger I American Community and Community and Community AND THE RESERVE OF THE PERSON NAMED IN THE PER I not a control of the little of the second to

The State of the country of the state of the late of the state of the I by When by Spentill I by the section as in the file of a few time. I griphed sound felal bronchetonic but the contract the very der the contract with

A District of the same of the control of the contro THE THAT SHEET SHARE SHARE 41-141-141-2

Und ein Letztes, Anna + Arthur haltens Mault Keine Aussagen bei Bullen und Justizl



I the filter of the format that the second section is a second of the filter of the second of the se Cotto with

Na Klar Besetzen wir Hauser!

Denn Räumung macht keinen Sinn, wenn das Hacharhaus auch schen besetzt Wird!

Los gent's am FR. 24. AREE E Gan to thr